

Veto gegen Neubau-Entwurf, nicht aber gegen andere Bauprojekte

Schlussbericht zur Nachanalyse der Abstimmung
"Neues Stadt-Casino Basel", November 2007, im
Auftrag des Kantons Basel-Stadt

Projektteam:

Urs Bieri, Senior-Projektleiter

Monia Aebersold, Projektleiterin

Stephan Tschöpe, Datenanalytiker/Programmierer

Silvia Ratelband-Pally, Projektadministratorin



Das Wichtigste in Kürze

Das Mandat

Der Kanton Basel Stadt fragte das Forschungsinstitut gfs.bern an, eine Nachanalyse der kantonalen Abstimmung über das "Neue Stadt-Casino Basel" vom 17. Juni 2007 zu realisieren. gfs.bern hat dazu die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt nach ihrer Stimmabgabe, deren Motivation und Begründung sowie nach verschiedenen Alternativen für die abgelehnte Vorlage befragt.

Die wichtigsten Ergebnisse

Das neu geplante Stadt-Casino ist nach Ansicht der AbstimmungsteilnehmerInnen erstens zu gross für den vorgesehenen Standort und passt zweitens nicht zum historischen Stadtkern. Die Dimension des neuen Stadt-Casinos ist das Element, welches primär zur Ablehnung der Vorlage geführt hat. Dieses Argument entfaltete seine grosse Wirkung nicht zuletzt deshalb, weil es weit über die genuine Gegnerschaft der Vorlage hinweg geteilt wurde. Selbst im Lager der BefürworterInnen wird das Argument von einer gewichtigen, wenn auch minderheitlichen Gruppe unterstützt. Offensichtlich ist es der Befürworterschaft nicht einmal unter ihren Sympathisanten abschliessend gelungen, diesen Punkt zu entkräften.

Die drei meistgeteilten Argumente der BefürworterInnenseite dagegen, der Wunsch

- nach einem modernen, zukunftsgerichteten Stadt-Casino,
- welches das alte, ungenügende Casino ersetzt und
- neuen Wind in die Basler Kulturszene bringt,

erscheinen bei näherem Hinschauen zwar als Argumentationslinien mit hoher Zustimmung, verfügen aber über eine beschränkte, bzw. keine Wirkung auf den Stimmentscheid: Auch GegnerInnen gaben sich teilweise damit einverstanden, ohne deshalb ihre Stimme geändert zu haben. Mit einer gewichtigen Wirkung erkennen wir nur gerade den damit erhöhten Bekanntheitsgrad, welcher argumentativ gegen die äusserst breit geteilten und höchst wirksamen Bedenken gegenüber einem neuen Stadt-Casino antreten musste.

Oder in anderen Worten: Die Vorlage scheiterte inhaltlich daran, dass die Befürworterschaft zu wenig gewichtige Argumente für das Stadt-Casino ins Feld führen konnte, während dies der Gegnerschaft überzeugender gelang. Nichts desto trotz war aber auch der Wunsch nach einem modernen, zukunftsgerichteten Stadt-Casino, welches zu einer Bekanntheitssteigerung der Stadt Basel beiträgt, präsent und vermochte schliesslich eine doch eine relativ grosse Minderheit (37.4%) zu einer Annahme zu bewegen.

Mit der Ablehnung der Vorlage vom 17. Juni 2007 lehnten die Stimmberechtigten aus dem Kanton Basel-Stadt im Grunde die Lösung und nicht das Problem ab. Die weitere Existenz des Problems - das nicht mehr den Anforderungen an einen modernen Kulturplatz entsprechende Stadt-Casino - wird nur klar minderheitlich in angezweifelt, und ein Überdenken neuer Lösungen breit geteilt. Das Nein zum neuen Stadt-Casino bedeutet deshalb alles andere als ein generelles Nein zu einem Casino.

Die Stimmberechtigten haben dabei klare Vorstellungen, in welche Richtungen eine solche Neukonzeptionierung weisen sollte. In dominanter Weise im Zentrum stehen dabei entweder die Sanierung des alten Stadt-Casinos oder aber die bessere architektonische Anpassung des Neubaus an den historischen Stadtkern. Alle anderen ausgetesteten Alternativen haben hingegen schon zum jetzigen Zeitpunkt keine Unterstützung oder Wirkung. Die Senkung des Kantonsbeitrags findet zwar mehrheitliche Unterstützung entfaltet aber keine Wirkung auf den Entscheid für oder gegen eine Neuauflage. Die finanzielle Beteiligung des Kantons an den Bau- bzw. Renovationskosten wird dagegen kaum in Frage gestellt, wird doch eine rein privatwirtschaftliche Finanzierung verworfen. Eine klare Vorstellung haben die Befragten schlussendlich auch gegenüber dem idealen Standort. Der Barfüsserplatz gilt nach wie vor als Optimum, was belegt, dass die Ablehnung des Stadt-Casinos nicht aufgrund einer Standortdiskussion zustande kam.

Es handelt sich beim Abstimmungsergebnis also klar um eine Ablehnung des neuen Stadt-Casinos in der vorgeschlagenen Form. Nicht mehr und nicht weniger. Der Entscheid des Souveräns gegen das "Neue Stadt-Casino Basel" ist dabei explizit nicht als grundsätzliches Veto gegen Bauvorhaben im Kanton zu verstehen.

Bei der Abstimmung von 17. Juni 2007 handelte es sich um ein leicht zu beurteilendes Thema, das breit wahrgenommen, mit dem richtigen Inhalt gefüllt und mit genügend Informationen versetzt wurde. Die Stimmberechtigten vom Kanton Basel-Stadt fühlten sich zur Vorlage "Neues Stadt-Casino Basel" hochgradig informiert. Diese Aussage stimmt so nicht nur für diejenigen BaslerInnen, welche dann auch an der Abstimmung teilnahmen, sondern gleichermassen (wenn auch in abgeschwächter Form) auch für die Nicht-Teilnehmenden. Fehlende Informiertheit oder gar Themenüberforderung waren in der Folge auch kein Ausschlusskriterium für oder gegen eine Abstimmungsteilnahme.

Fragen wir aber die Teilnehmenden vertieft nach dem genauen Inhalt der Vorlage in seiner Gesamtheit (also die Kombination aus Neubau, Finanzierungsbeitrag, Änderung des Zonenplans) wird schnell offensichtlich, dass die individuelle Informiertheit zwar subjektiv gross eingestuft wird, bei der Vorlage aber einzelne Elemente (Neubau, Sanierung) deutlich in den Vordergrund gestellt und andere gar nicht reflektiert werden (z.B. Änderung Zonenplan). Hohe subjektive Informiertheit bedeutet also nicht vollständige objektive Informiertheit.

All dies sind erfahrungsgemäss Folgen einer einfach zu beurteilenden politischen Vorlage. Einfachheit bestimmt dabei gewichtig die überdurchschnittlich hohe Informiertheit. Die Vorlage wurde dabei nicht nur trotz eines relativ flächendeckenden Informationsstandes mit einer klaren Mehrheit abgelehnt, die Ablehnung zieht sich dabei auch durch alle soziodemographischen Unterscheidungsmerkmale hindurch. Insgesamt vier Unterscheidungskriterien helfen uns dennoch beim Verständnis des Abstimmungsergebnisses vom 17. Juni 2007.

1. Die persönliche Involvierung, vermittelt über das Interesse am Kulturangebot des aktuellen Stadt-Casinos, begünstigte eine positive Haltung gegenüber dem Casino-Neubau. Doch selbst unter den Interessierten war die Zustimmung zur Vorlage allerdings immer noch minderheitlich.
2. Das Geschlecht erwies sich ebenfalls als eine relativ starke intervenierende Variable. So waren Männer dem Neubau in seiner geplanten Dimension und Form stärker, wenn auch immer noch minderheitlich zugetan als Frauen.

3. Auf die gegenteilige Position wirkte sich insbesondere die emotionale Einstellung gegenüber der Politik und PolitikerInnen aus. Kritik gegenüber der Behördenkommunikation in einer Meinungsfindung fördert die Zuspitzung auf einige wenige und umstrittene Elemente und den freizügigen Umgang mit der dahinter stehenden Gesamtkomplexität. Befragte mit einem ausgeprägten situativen Misstrauen gegenüber PolitikerInnen und Kritik an der behördlichen Informationspolitik zweifelten entsprechend verstärkt an der Notwendigkeit eines Neubaus des Stadt-Casinos.
4. Gleiches gilt schliesslich auch für Personen mit tiefer Bildung.

Die parteipolitische Verortung einer Person dagegen weist keine Wirkung auf den Stimm-entscheid auf. Der Grund für die fehlende Wirkung der Parteizugehörigkeit muss in der Nichtbeachtung der Parteiparolen gesucht werden. Da die Vorlage den Stimmberechtigten allgemein wenig Entscheidungsmühe bereitete, richteten sie sich kaum nach der Parteiparole.

Die Studie

Die Ergebnisse der Nachanalyse der Abstimmung "Casino-Neubau" vom 17.6.2007 basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1000 Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt, welche gfs.bern befragt hat. Die Befragungsarbeiten fanden zwischen dem 18. und dem 27. Juli 2007 statt. Um Aussagen sowohl zu den Teilnehmenden, wie auch zu den themeninteressierten Nicht-Teilnehmenden zu erhalten, befragten wir 600 Teilnehmende und 400 Nicht-Teilnehmende. Der Datensatz wurde ex post nach den reellen Verhältnissen rund um Teilnahme und Stimmabgabe zurückgewichtet.

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 1: Ausgewählter statistischer Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50:50	20:80
N = 1000	3.2%	2.6%
N = 600	4.2%	3.3%
N = 100	10.0%	8.1%
N = 50	14.0%	11.5%
<i>Lesebeispiel:</i> Bei rund 600 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 % +/- 4.2%, bei einem Basiswert von 20% zwischen 20% +/- 3.3 %.		

Inhaltsverzeichnis

1. DIE EINLEITUNG	6
1.1. DIE FRAGESTELLUNG	6
1.2. DIE AUSGANGSLAGE	7
2. DER FORSCHUNGSPLAN	10
2.1. DIE GENERELLE THESE DES DISPOSITIONSANSATZES	10
2.2. DIE ARBEITSHYPOTHESEN	11
2.3. DER FRAGEBOGEN	12
2.4. DIE BEFRAGUNG	13
2.5. DIE DATENANALYSE	13
2.6. DIE GRAFISCHE AUFARBEITUNG	15
2.7. DIE BERICHTERSTATTUNG	16
3. DIE BEFUNDE	17
3.1. DIE ÜBERSICHT	17
3.2. DER ZUGRUNDE LIEGENDE WISSENSSTAND	17
3.2.1. <i>Die Informiertheit</i>	17
3.2.2. <i>Die Kampagnenkommunikation</i>	21
3.2.3. <i>Zwischenbilanz</i>	24
3.3. EINE SOZIODEMOGRAPHISCHE DIFFERENZIERUNG	25
3.3.1. <i>Zwischenbilanz</i>	29
3.4. DAS ZUGRUNDE LIEGENDE ARGUMENTARIUM	30
3.4.1. <i>Die Stimmotive</i>	30
3.4.2. <i>Das Argumentarium</i>	32
3.4.3. <i>Zwischenbilanz</i>	36
3.5. DER BLICK IN DIE ZUKUNFT	38
3.5.1. <i>Die grundsätzliche Stossrichtung in die Zukunft</i>	38
3.5.2. <i>Alternativen zum abgelehnten Stadt-Casino</i>	39
3.5.3. <i>Zwischenbilanz</i>	42
4. SCHLUSSBILANZ	43
4.1. DER RÜCKBLICK	43
4.2. DER AUSBLICK	45
ANHANG	46
DAS GFS.BERN TEAM	46

1. Die Einleitung

1.1. Die Fragestellung

Bauprojekte sind in der Schweiz nicht immer ein leichtes Unterfangen. Oft treffen Kritik am Standort, generelle Bedenken gegen eine bestimmte Baupolitik oder finanzielle Bedenken auf weitere vorlagespezifische Misstöne und bringen als Kombinat im schlimmsten Fall eine solche Vorlage zur Ablehnung. Ob eine solche Analyse als Erklärungsansatz für die Zustimmung oder Ablehnung der Vorlage "Neues Stadt-Casino Basel" vom 17.6.2007 zutrifft, kann nur spekuliert werden. Gerade abgelehnten Behördenvorlagen ist eigen, dass nach ihrer Ablehnung meist ein ungelöstes Problem zurückbleibt, die Behörden mit dem Abstimmungsergebnis aber nur Klarheit darüber erhalten, **dass** die Stimmberechtigten in Basel-Stadt die Vorlage nicht wünschen, nicht aber **wieso** und **mit welcher Erwartung an die Zukunft**.

Jeder Urnengang liefert nämlich nur einen dichotomen Ja-/Nein-Entscheid. Entweder wird eine Vorlage angenommen oder abgelehnt. Wer hat aber vermehrt abgelehnt und dies aus welchen Gründen? Bedeutet das Nein ein Festhalten am Status quo oder den Wunsch nach Alternativen? JedeR AbstimmungsteilnehmerIn hat sich mit diesen Fragen konfrontiert und daraus ihren Stimmentscheid generiert. Die Antworten auf diese wichtigen Fragestellungen sind eigentlich im Abstimmungsergebnis enthalten, allerdings in unsichtbarer Form.

Im Prinzip kann die interessierte BeobachterIn den Behörden-Prozess bis zur Verabschiedung einer Vorlage verfolgen, und in einem zweiten Schritt den Abstimmungskampf beobachten und dann von sich behaupten, sie kenne die Gründe für die Ablehnung. Doch kennt sie diese wirklich?

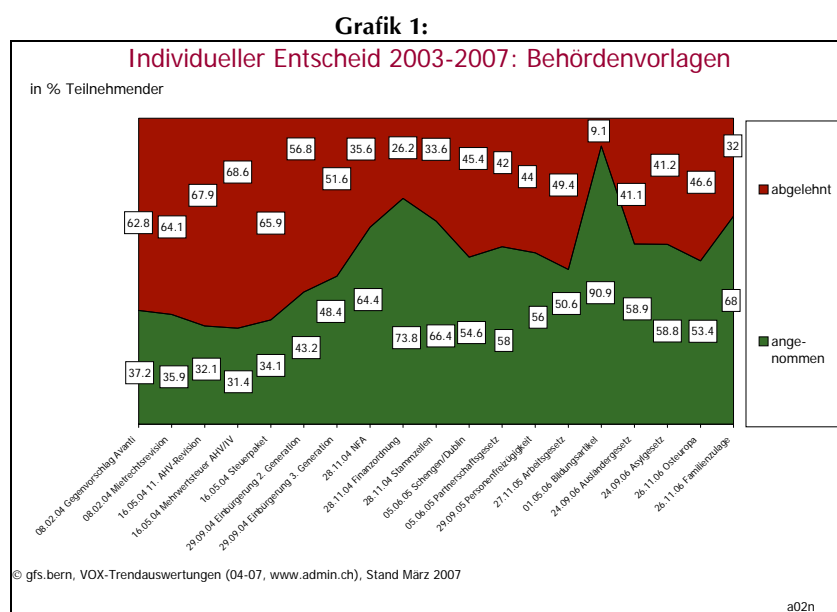
Der Kanton Basel-Stadt hat sich entschlossen, diese Unsicherheit mit Hilfe des Forschungsinstituts gfs.bern systematisch zu durchleuchten. Ziel der Studie ist es, das Abstimmungsverhalten der StimmbürgerInnen des Kantons Basel-Stadt vom 17. Juni 2007 bei der Entscheidung gegen das neue Stadt-Casino vertieft erklären zu können. Die Analyse sollte vorrangig Antworten auf drei Fragenkomplexe geben.

Es soll

1. nach Verteilungsmustern geforscht werden in Bezug auf soziodemographische Variablen (wer hat wie abgestimmt?),
2. der Informationsstand sowie die zugrunde liegende Motivation untersucht werden (welche Argumente wurden akzeptiert, welche nicht?) und
3. nach den Konsequenzen gesucht werden, die vom Abstimmungsergebnis abzuleiten sind. Hier interessiert also insbesondere die Frage nach dem "wie weiter?".

1.2. Die Ausgangslage

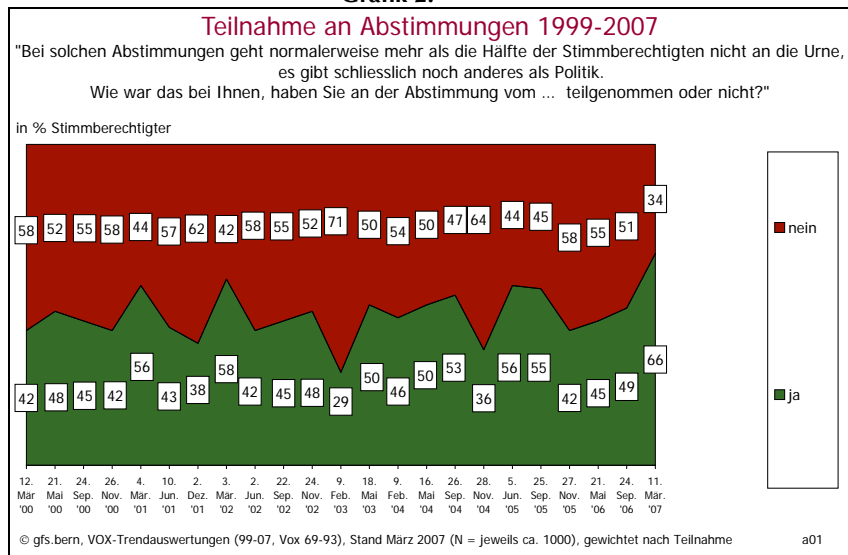
Am 17. Juni 2007 sprachen sich die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt gegen den Grossratsbeschluss betreffend Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung der Bau- und Strassenlinien und Abweisung der Einsprachen, sowie betreffend Investitionsbeitrag an das Projekt "Neues Stadt-Casino Basel" aus. Der Grossratsbeschluss sieht einen Investitionsbeitrag für den Bau des geplanten neuen Stadt-Casinos in der Höhe von 40 Millionen Franken vor. Abgelehnt wurde die Vorlage dabei von 62.6% aller AbstimmungsteilnehmerInnen, während Zustimmung von minderheitlichen 37.4% geäussert wurde. Auch wenn unter solchen Vorzeichen nicht von einer flächendeckenden Ablehnung gesprochen werden kann, haben die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt die Vorlage nicht gleich beurteilt wie die zuständigen Behörden. Eine solche Abweichung der Volksmeinung von der Position der Behörden ist dabei in Referendumsituationen relativ selten:



Auf nationaler Ebene wurden beispielhaft in der aktuellen Legislatur (2004 bis 2007) 7 von 19 Behördenvorlagen verworfen und entsprechend 12 angenommen. Erfahrungsgemäss sieht diese Bilanz auf städtischer Ebene sogar noch besser aus, da Behördenentscheidungen auf dieser Ebene meist näher am Stimmbürger sind, als wir dies auf nationaler Ebene beobachten. Damit können wir einen ersten Erklärungsversuch für die Ablehnung schon anfügen, bevor wir die Bevölkerungsbefragung zu Hilfe nehmen: Die Vorlage "Neues Stadt-Casino Basel" wurde wohl nicht abgelehnt, weil ihr Initiant behördenseitig zu finden ist, sondern vielmehr *obwohl* sich Behörden für die Existenz dieser Vorlage verantwortlich zeigen.

Beteiligt haben sich an der Abstimmung im Juni 2007 53.5% aller Stimmberechtigten aus Basel-Stadt. Auch wenn gleichentags ebenfalls über die Änderung des Bundesgesetzes der Invalidenversicherung (5. IV-Revision) abgestimmt wurde, ist dieser Wert im Vergleich mit dem nationalen Durchschnitt eher überdurchschnittlich:

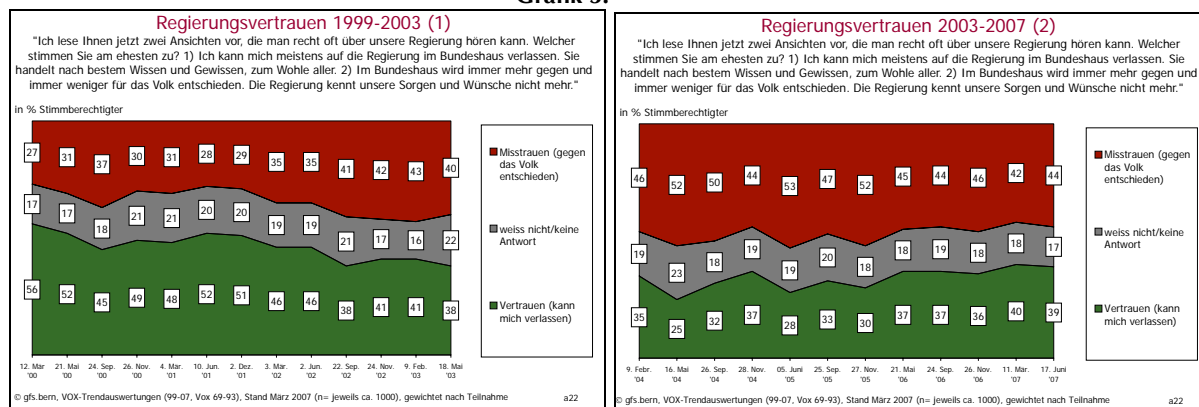
Grafik 2:



Im nationalen Mittel nahmen gleichentags nur 35.8% aller Schweizer Stimmberechtigten am Urnengang teil, also rund 18% weniger, als im Kanton Basel-Stadt beobachtet. Allerdings muss man festhalten, dass die Stimmbeteiligung im Kanton Basel-Stadt auch bei der nationalen Abstimmung vom 17. Juni 2007 mit 52.5% weit über dem nationalen Mittel lag. Die Abstimmung vom Juni 2007 stellt aber kein Ausnahmefall dar. Die Stimmbeteiligung lag in Basel-Stadt in den letzten Abstimmungen immer über dem nationalen Mittel. Wir können entsprechend ausschliessen, dass die Vorlage "Neues Stadt-Casino Basel" ein besonders emotional aufgeladenes Thema berührte, vermochte doch die Vorlage kaum zusätzliche AbstimmungsteilnehmerInnen zu mobilisieren. Auf diesen zweiten Blick lässt sich unter einer solchen Ausgangslage auch ausschliessen, dass die Vorlage "Neues Stadt-Casino Basel" abgelehnt wurde, weil sie zu wenig Beachtung fand.

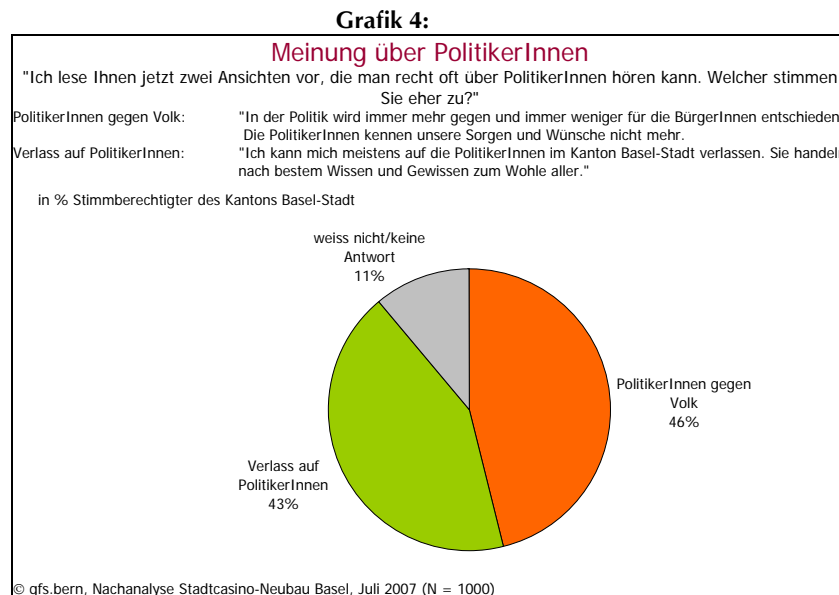
Eine Argumentation, welche bei abgelehnten Behördenvorlagen immer wieder herbeigezogen wird, findet sich im Misstrauen der Stimmberechtigten gegenüber der Exekutive:

Grafik 3:



Zumindest auf nationaler Ebene ist ein solcherart gesteigertes Misstrauen gegenüber den Behörden in den letzten Jahren durchaus beobachtbar. Allerdings bewegt es sich für besagten 17. Juni 2006 nicht ausserhalb des üblichen Misstrauens rund um 45%. Offensichtlich diente zumindest die nationale Abstimmungsvorlage nicht dazu, einseitig Behördenkritische an die Urne zu locken.

Die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt bilden hier keine Ausnahme. Sie folgen dem nationalen Trend des Misstrauens gegenüber den PolitikerInnen im Kanton und stehen ihnen in einer - wenn auch knappen - relativen Mehrheit kritisch gegenüber.



Normalerweise haben PolitikerInnen auf Kantonsebene den Bonus grösserer Nähe zum Stimmbürger. Sie werden entsprechend auch als ansprechbarer erlebt, was sich in einem grösseren Vertrauen seitens der Stimmbewölkerung ausdrückt. Dies ist offensichtlich im Umfeld dieser Abstimmung im Kanton Basel-Stadt nicht der Fall. Hierbei kann es sich sowohl um ein situatives, durch die Vorlage ausgelöstes, als auch ein strukturelles und somit grundsätzliches Misstrauen gegenüber der Politik handeln. Ziel dieser Studie wird es sein, hier Gewissheit zu schaffen. Das Misstrauen gegenüber PolitikerInnen genügt mit 46% nicht, um die Ablehnung der Vorlage abschliessend zu erklären. Es gilt aber zu untersuchen, ob sich im Abstimmungsergebnis zumindest teilweise eine generelle Ablehnung der Politik spiegelt.

Grundsätzlich können wir also schon vor der eigentlichen Analyse der Befragungsdaten festhalten: Eine Ablehnung wegen dem behördlichen Charakter, einer tiefen Beteiligung oder alleine aufgrund des Misstrauens gegenüber der Politik können wir ausschliessen. Vorliegende Analysearbeit soll entsprechend aufzeigen, wieso die Vorlage für den Neubau des Stadt-Casinos abgelehnt wurde, obwohl die strukturellen Elemente am Abstimmungstag eine Zustimmung durchaus ermöglicht hätten.

2. Der Forschungsplan

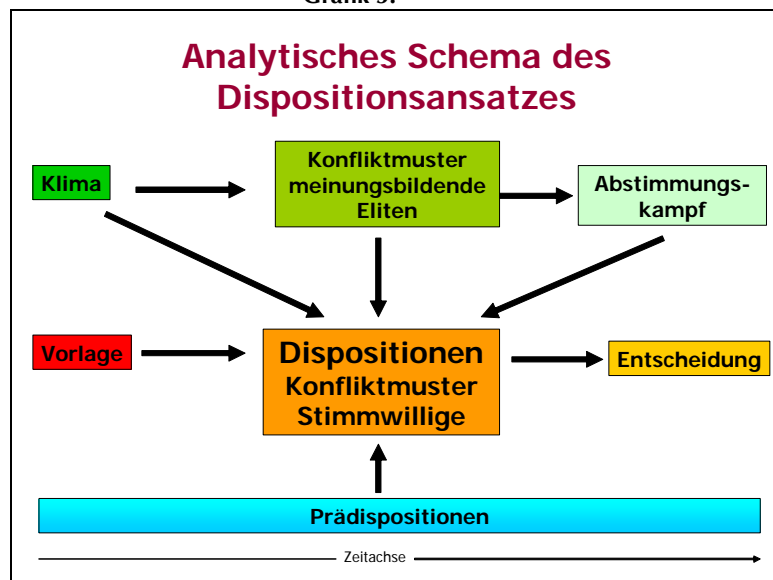
Als Konzept für Abstimmungsanalysen hat gfs.bern den Dispositionsansatz entwickelt. Dieser eignet sich besonders, um über den Einzelfall hinaus verständlich zu machen, wer wie gestimmt hat, was dazu geführt hat und was aus der Entscheidung gefolgert werden kann. Ohne in die Details zu gehen, seien die hauptsächlichen Prämissen des Ansatzes und die Folgerungen, die sich für die vorliegende Analyse ergeben, kurz vorgestellt.

2.1. Die generelle These des Dispositionsansatzes

Grundlegend ist die These, dass Ergebnisse von Volksabstimmungen nicht ein für alle Mal feststehen, sondern in einem gewissen Masse variabel sind. Wie sie ausfallen, ist abhängig von

- der Vorlage,
- dem Konfliktmuster in der meinungsbildenden Elite,
- dem Abstimmungskampf,
- der politischen Kultur und dem politischen Klima,
- den thematischen Prädispositionen und
- den Kampagnewirkungen.

Grafik 5:



Elemente dieser Definition sind nebst der "Entscheidung" also auch die "Kampagnen im Abstimmungskampf", die "Prädispositionen", das "Umfeld bzw. Klima" und die "Vorlage selber". Formalisiert werden Entscheidungen als Funktion von Vorlagen, Kampagnen, Prädispositionen und Umfeld gesehen. Entscheidungen variieren demnach, wenn sich mindestens eines dieser Elemente ändert. Allerdings können sie sich nicht beliebig entwickeln. So wird die Öffentlichkeitsarbeit durch das Umfeld und die Vorlage mitbestimmt, und Prädispositionen ändern sich in der Regel nur langfristig oder nur als Folge von veränderten Umfeldbedingungen. Streng genommen setzt der Dispositionsansatz Vor- und Nachanalysen von Entscheidungsprozessen voraus. Denn nur so können Prädispositionen sauber ermittelt werden, da sie sich als Vorverständnisse der BürgerInnen von Problemen und

Lösungsvorschlägen verstehen, die nicht erst unter Bedingungen gezielter Öffentlichkeitsarbeit entstehen. Vielmehr stellen sie die Basis dar, auf der die Politik Meinungsbildung betreiben sollte, sei es als Bestätigung, als Weiterentwicklung oder als Umkehr bisheriger Präferenzen. Prädispositionen sind als politische Routinen vorhanden, aber auch als Interessenlagen, als Werthaltungen und als Identitäten, sofern diese für die Entscheidung von Belang sind oder werden können.

Nachanalysen müssen auf die Prozessbetrachtung verzichten, verfahren aber retrospektiv grundsätzlich nach dem gleichen Analyseschema. Im Nachhinein nicht leisten können wir eine Unterscheidung zwischen Prädispositionen und Kampagnen-Argumentarium, da wir ohne Vorbetrachtung nicht wissen, was erst in der Kampagne als Argument auftaucht, und was schon vor Kenntnisnahme der Vorlage in der Bevölkerung angelegt war.

2.2. Die Arbeitshypothesen

Der Dispositionsansatz legt bei der Erklärung von Entscheidungen, die BürgerInnen bei Volksabstimmungen treffen, eine Reihe von Hypothesen nahe; soweit diese in Kenntnis des Abstimmungsausgangs von Belang erschienen, haben wir sie zum Ausgangspunkt für die nachstehende Analyse gemacht. Unsere Arbeitshypothesen für diesen Bericht lauten:

1. Arbeitshypothese

Entscheidungen zu Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als eine Vertrautheit der BürgerInnen mit den Forderungen der Behörden besteht, sei dies selbstredend oder aufgrund der Kampagnenkommunikation. Zustimmung ist insbesondere bei Personen zu erwarten, die sich informiert resp. nicht überfordert fühlen.

2. Arbeitshypothese

Entscheidungen zu Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als die Regierungsparteien die Behördenposition teilen. Zustimmung ist insbesondere bei Personen zu erwarten, die sich mit Regierungsparteien identifizieren, die für eine Behördenvorlage sind.

3. Arbeitshypothese

Entscheidungen über Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als die Behörden vorlagenspezifische Botschaften entwickeln resp. sich auf Selbstverständnisse und Interessen stützen können, die mehrheitlich geteilt und entscheidungsrelevant in die Meinungsbildung eingebracht werden können.

4. Arbeitshypothese

Ablehnungen von Behördenvorlagen sind meist nicht als Festhalten am Status quo zu verstehen, sondern als Wunsch nach einer anderen Lösung. Hinterfragt wird in solchen Fällen meist nicht die Existenz des Problems, sondern die angebotene Lösung.

Der Schlussbericht soll diese vier Hypothesen im Befundteil testen und die damit verbundenen Annahmen im Syntheseteil klären.

2.3. Der Fragebogen

Der Fragebogen für die Spezialuntersuchung wurde in zwei Schritten erstellt: In einem ersten Schritt wurden die Indikatoren bestimmt, die für die Überprüfung der Arbeitshypothesen nötig sind. Im zweiten Schritt wurde ein Fragenbogen formuliert, der sich für Bevölkerungsbefragungen eignet.

Die Arbeitshypothesen verlangen mindestens 6 Module: Eines zu den abhängigen und fünf zu den erklärenden Variablen. Die abhängige Variablengruppe nennen wir "Handeln bei der Abstimmung"; sie enthält Angaben zum Beteiligungs- und Sachentscheid sowie zu den damit verfolgten Absichten der Individuen. Die fünf erklärenden Module folgen den Arbeitshypothesen, wir nennen sie den persönlichen "Bezug zum Stadt-Casino" das "Informationsverhalten", die "politischen Routinen" und die "Beurteilung von Botschaften". Das fünfte dieser Module enthält die gesellschaftlich relevanten Informationen zu den Befragten, wie die soziodemografischen und sozioökonomischen Angaben zur Person resp. zum Haushalt, die wir als indirekte Operationalisierung von Interessenlagen und Werthaltungen verwendeten. Zusätzlich wurden zur nachanalytischen Fragestellung mögliche Weiterentwicklungen des Status quo auf ihre potenzielle Mehrheitsfähigkeit hin getestet.

Tabelle 1:
Übersicht über die Module und Indikatoren der Befragung "Neues Stadt-Casino Basel"

<i>Haushalts-/Personenbezogene Merkmale</i> Geschlecht Alter Schulabschluss Einkommen (des Haushaltes)
<i>Bezug zum Stadt-Casino</i> Interesse Kulturangebot Häufigkeit Besuch Casino
<i>Informationsverhalten</i> Selbstreferierte Informiertheit Wissensstand Entscheidungsschwierigkeit Informationsmenge Bewertung Informationsarbeit Akteure
<i>Politische Routinen</i> Parteibindung Politikvertrauen
<i>Beurteilungen von Botschaften</i> 13 argumentative Verortungen
<i>Handeln bei der Abstimmung</i> Teilnahmeverhalten Stimmverhalten Individuelle Begründung der Sachentscheidung
<i>Mögliche Weiterentwicklungen</i> Nachdenken über Alternativen allg. Bewertung Bauprojekte Akzeptanz einzelner Alternativen

Quelle: gfs.bern, Nachanalyse "Neues Stadt-Casino Basel"

Das Vorgehen beim Fragebogen folgte den Erfahrungen, die wir bei anderen Abstimmungsnachanalysen, namentlich im Rahmen der VOX-Analysen, gesammelt haben. Es berücksichtigte auch die Erkenntnisse zu kantonalen und städtischen Abstimmungen, insbesondere zu anderen Bauvorhaben.

2.4. Die Befragung

Die Befragung eines repräsentativen Querschnitts von Stimmberechtigten aus dem Kanton Basel-Stadt fand zwischen dem 18. und dem 27. Juli 2007 statt. Die Befragung wurde mittels Telefoninterviews realisiert. Die Interviews wurden von 37 ausgebildeten BefragerInnen durchgeführt. Sie wurden vorgängig über Ziel und Ablauf der Befragung instruiert. Die Befragungsarbeit wurde an Werktagen zwischen 8 Uhr morgens und 9 Uhr abends realisiert. Die von den BefragerInnen produzierten Angaben wurden nachträglich plausibilisiert und auf allfällige Einflüsse der InterviewerInnen hin untersucht. Die Qualität der gelieferten Arbeit war für die Entlohnung relevant.

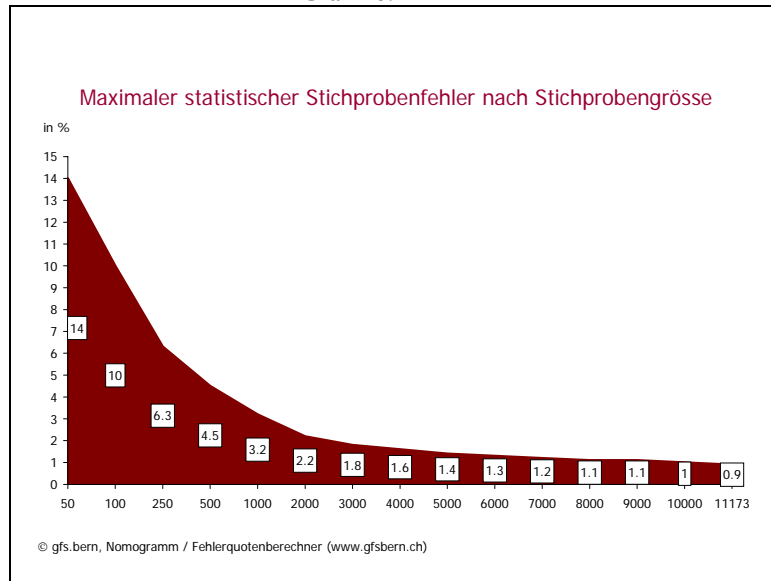
Die stimmberechtigten EinwohnerInnen des Kantons Basel-Stadt bildeten die Grundgesamtheit der befragbaren Personen. Bei der Realisierung der Stichprobe wurden zwei Ziele verfolgt: Zunächst sollten 1000 verwertbare Interviews realisiert werden. Damit die stimmenden Personen genauer analysiert werden konnten, legten wir fest, dass rund 600 der 1000 Interviews AbstimmungsteilnehmerInnen sein sollten. Bei zirka 400 sollte es sich um BürgerInnen handeln, die an der Abstimmung nicht teilgenommen hatten. Diese leichte Überrepräsentierung der TeilnehmerInnen wurde für die Analyse der Abstimmung mittels Gewichtung rückgängig gemacht. Der Datensatz wurde somit ex post nach den realen Verhältnissen rund um Teilnahme und Stimmabgabe zurückgewichtet.

Besondere Vorkommnisse während der Befragungszeit sind keine zu verzeichnen. Insbesondere ergaben sich keine speziellen Schwierigkeiten bei der Rekrutierung der Personen für die Interviews resp. bei der Durchführung der eigentlichen Befragungsarbeit.

2.5. Die Datenanalyse

Die neu generierten Daten wurden wie folgt analysiert. Zuerst leisteten wir die beschreibende Analyse. Dabei wurden vor allem Häufigkeiten in Form von Prozentwerten beschrieben. Jede dieser Aussagen ist mit einem statistischen Unsicherheitsbereich behaftet. Dieser richtet sich vor allem nach der Stichprobengrösse, bedingt auch nach der Höhe der interessierenden Prozentzahl.

Grafik 6:



Der statistische Fehler bei der Stichprobengröße für die jeweiligen befragten Gruppen betragen:

Tabelle 1: Ausgewählter statistischer Stichprobenfehler nach Stichprobengröße und Basisverteilung		
Stichprobengröße	Fehlerquote Basisverteilung	
	50:50	20:80
N = 1000	3.2%	2.6%
N = 600	4.2%	3.3%
N = 100	10.0%	8.1%
N = 50	14.0%	11.5%
Lesebeispiel: Bei rund 600 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 % +/- 4.2%, bei einem Basiswert von 20% zwischen 20% +/- 3.3 %.		

Um Fehlinterpretationen zu minimieren, nehmen wir keine Subgruppenanalysen unter 50 vor.

Zusammenhänge zwischen zwei Variablen, also beispielsweise zwischen der Stimmabsicht und dem Geschlecht, wurden mittels Korrelationen gemessen. Das normalerweise verwendete Mass ist der Koeffizient Cramers V. Der Vorteil dieser Masszahl ist, dass sie unabhängig vom Skalenniveau der Indikatoren verwendet werden kann. Damit bestimmen wir die Stärke des Zusammenhangs. Dieser ist umso mehr gegeben, als Cramers V von Null differiert. Davon unterscheiden wir die Frage, ob der in der Befragung gefundene und vermessene Zusammenhang auch auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden darf. Hierfür verwendeten wir den üblichen Signifikanztest Chi². Dieser sagt, mit welcher Sicherheit eine Verallgemeinerung auch für nicht befragte Personen gemacht werden kann. In der Regel verwendeten wir ein Sicherheitsmass von 95 Prozent.

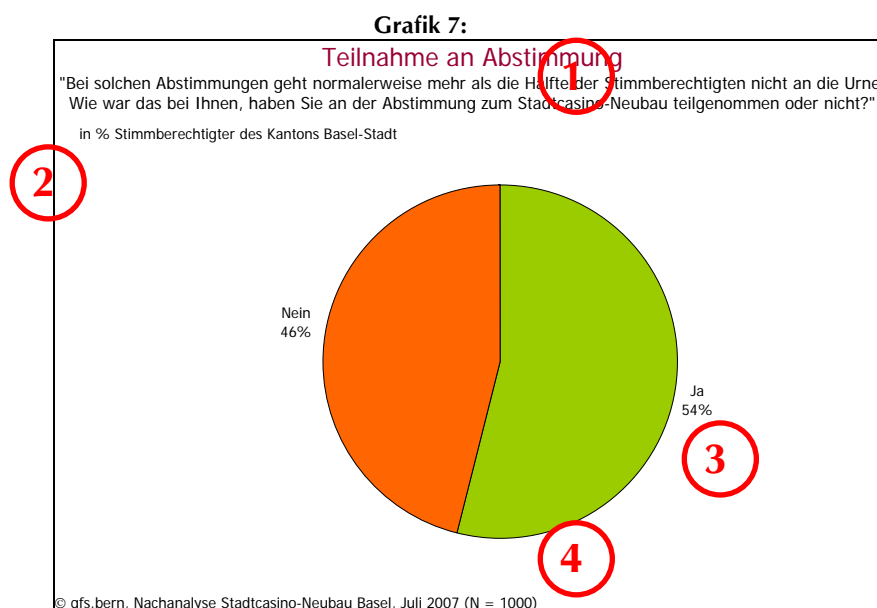
Gilt es, die Zusammenhänge zwischen mehr als zwei Variablen zu bestimmen, kommen multivariate Analysemethoden zum Einsatz. Die Erklärung von Zusammenhängen zwischen mehreren unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variable leistet die multivariate Regressionsanalyse. Diese basiert analog zu Korrelationen auf Koeffizienten, welche die Stärke des Zusammenhangs bestimmen. Der Unterschied zur Korrelationsrechnung besteht allerdings darin, dass die Regressionsanalyse nicht nur eine unabhängige Variable ausmisst, sondern eine beliebige Zahl von Variablen mit einbeziehen kann. Dies

kommt komplexen Realitäten deutlich näher. Die Regressionsanalyse bestimmt auf diese Weise, welche der unabhängigen Variablen wie stark auf die abhängige Variable wirken, wenn man die Effekte der anderen unabhängigen Variablen mitberücksichtigt. Dabei stellt man auf den Beta-Koeffizienten ab. Zudem gibt es wie bei der Korrelationsrechnung auch Sicherheitsmasse, die angeben, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein in der Stichprobe gefundener Zusammenhang auch in der Grundgesamtheit gilt. Konkret handelt es sich auch hier um den Signifikanztest, der analog zur obigen Beschreibung funktioniert.

Eingesetzt wird dieses Verfahren vor allem dort, wo die Zusammenhänge zwischen der Beurteilung verschiedener Botschaften einerseits und den Stimmabgaben anderseits bestimmt werden sollen. Dies kann an sich auch mit der Korrelationsrechnung geleistet werden, doch hat diese Form der Analyse den Nachteil, dass man die gleiche Beziehung mit verschiedenen Argumenten immer wieder nachweist. Dies schliesst die Regressionsrechnung aus, denn sie zeigt auf, welches Argument am besten die Stimmabgaben erklärt, welches Argument an zweiter Stelle steht und so weiter.

2.6. Die grafische Aufarbeitung

Alle im Schlussbericht enthaltenen Grafiken liegen dem gleichen Schema zugrunde, das im Folgenden kurz erläutert werden soll:



Im Titel (1) lässt sich sowohl eine schlagwortartige Zusammenfassung der Frage, wie in Anführungszeichen auch der genaue Fragetext ablesen. Der Fragetext selber wird von unseren InterviewerInnen auf schweizerdeutsch vorgelesen.

Die Referenzgrösse (2) gibt darüber Aufschluss, auf welche Gruppe sich die Auswertung in der Grafik bezieht. Im vorliegenden Fall sind dies die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt.

Die Resultate (3) zeigen in grafisch visualisierter Form die Ergebnisse. Je nach angestrebter Aussage visualisieren wir Resultate mittels Kuchen, Balken oder Säulen.

Der Fusszeile (4) entnimmt man sowohl den Zeitraum der Befragung (Juli) wie auch die Anzahl der befragten Personen, die für die Aussage in der Grafik relevant sind (N = 1000).

2.7. Die Berichterstattung

Das Projektteam bestand aus den SpezialistInnen von gfs.bern zu Fragen von Nachanalysen bei Volksabstimmungen auf kantonalem und städtischem Niveau:

Leitung:	Urs Bieri, Senior-Projektleiter gfs.bern, Mitglied der Geschäftsleitung
Stellvertretung:	Monia Aebersold, Projektleiterin gfs.bern
Datenanalyse:	Stefan Tschöpe, Datenanalytiker/Programmierer gfs.bern
Grafik, Desktop:	Silvia Ratelband-Pally, Projektadministratorin gfs.bern.

3. Die Befunde

3.1. Die Übersicht

Der Teil zu den Befunden gliedert sich wie folgt:

Kapitel 3.2.

In einem ersten Kapitel untersuchen wir, ob die Vorlage aufgrund einer thematischen Überforderung abgelehnt wurde.

Kapitel 3.3.

Ein zweites Kapitel untersucht den Einfluss der soziodemographischen Unterscheidungsmerkmale auf die Entscheidungsfindung der Stimmberechtigten aus dem Kanton Basel-Stadt.

Kapitel 3.4.

Das dritte Kapitel setzt sich mit der Gewichtung und Wirkung ausgewählter Botschaften und Argumente auseinander.

Kapitel 3.5.

In einem vierten Kapitel bringen wir schliesslich Licht in die Frage, wie die Befragten gegenüber einem neuen Stadt-Casino und Bauprojekten generell eingestellt sind.

3.2. Der zugrunde liegende Wissensstand

1. Arbeitshypothese

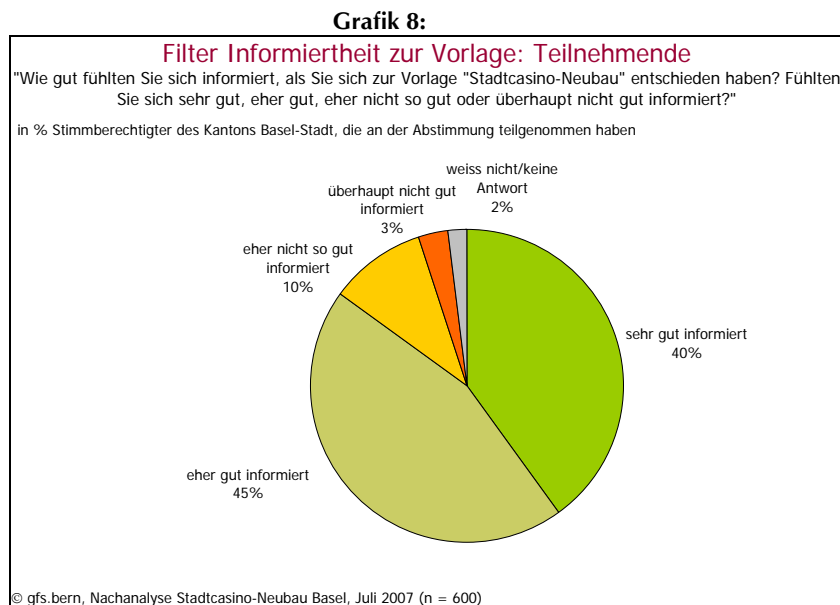
Entscheidungen zu Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als eine Vertrautheit der BürgerInnen mit den Forderungen der Behörden besteht, sei dies selbstredend oder aufgrund der Kampagnenkommunikation. Zustimmung ist insbesondere bei Personen zu erwarten, die sich informiert resp. nicht überfordert fühlen.

Die erste Hypothese betont entsprechend die hohe Wichtigkeit einer Vertrautheit mit einer Abstimmungsvorlage. Eine hohe Vertrautheit mit dem Inhalt der Vorlage minimiert das Risiko, dass es aufgrund einer unverständlichen Behördenvorlage bzw. einer thematischen Überforderung zu einer Stellvertreterabstimmung kommt, bei der die Stimmberechtigten in Unkenntnis des Vorlageninhaltes vielmehr über die Behörden als über die Vorlage abstimmen.

Ein erstes Kapitel soll klären, inwiefern diese Vertrautheit eine erste Begründung für die Zustimmung vom 17. Juni 2007 liefern kann.

3.2.1. Die Informiertheit

Ein erstes wichtiges Element von Vertrautheit mit politischen Vorlagen findet sich in der Informiertheit. Weitgehende Kenntnis einer Thematik ist dabei Grundvoraussetzung dafür, dass sich eine Vertrautheit überhaupt erst einstellen kann. Beim Entscheid für oder gegen das neue Stadt-Casino zeigt sich eine breite Informiertheit:

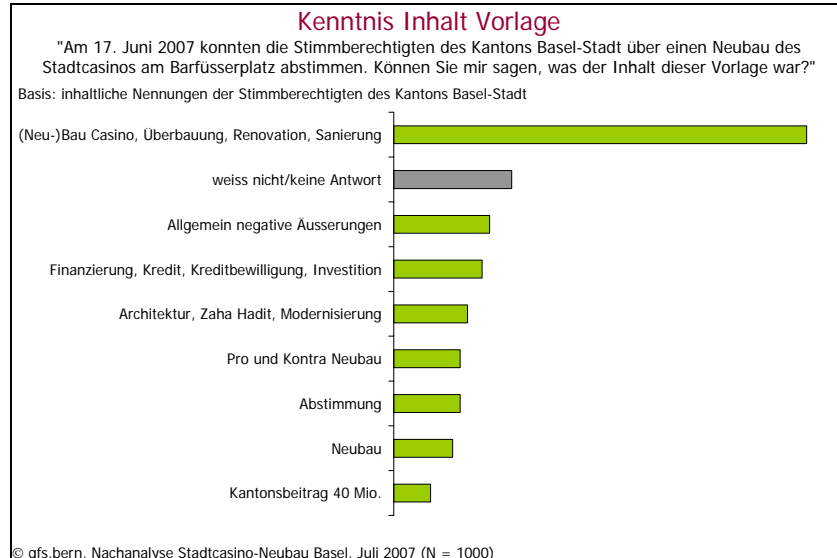


Fast flächendeckende 85% aller UrnengängerInnen fühlten sich über die Vorlage eher gut bis sehr gut informiert. Nur gerade 13% geben einer eher ungenügenden Informiertheit Ausdruck. Eine solcherart ausgeprägte Informiertheit ist bei Abstimmungen keineswegs Normalität und findet sich erfahrungsgemäss nur bei Themen, die einfach zu erschliessen und zu beurteilen sind, **oder** bei Vorlagen mit einem starken Emotionsgrad. Zweiteres konnten wir ja schon ausschliessen, weshalb ersteres als Erklärung im Zentrum steht. In solchen Fällen findet die Vorlage durch ihren Alltagsbezug nicht nur einen einfachen Zugang zu den Stimmberechtigten, sondern wird von denselben auch aktiv nachgefragt.

Bezeichnenderweise finden sich auch auf der Ebene einzelner Merkmalsgruppen, keine Anzeichen dafür, dass die Vorlage auf Basis einer schlechten Informiertheit beurteilt wurde. Gerade auch bei den erfahrungsgemäss politisch schlechter informierten AbstimmungsteilnehmerInnen mit tiefem Einkommen oder tiefer Bildung finden wir keine unterdurchschnittliche Informiertheit. Damit zementiert sich der eingangs geäusserte Verdacht, dass es sich beim Stadt-Casino Neubau (und damit bei der Abstimmung dazu) um ein Alltags-thema handelt, bei dem die AbstimmungsteilnehmerInnen aus ihrem Alltagsverständnis heraus eine Wissensbasis aufwiesen. Eine Ablehnung der Vorlage aufgrund einer zu hohen thematischen Komplexität bzw. einer dadurch herrührenden Überforderung mit dem Gegenstand lässt sich also schon nach einem ersten Blick auf die Datenlage ausschliessen.

Bei der Vorlage vom 17.6.2007 scheint als Basis für den Stimmentscheid also Informiertheit vorzuherrschen. Allerdings genügt dieser erste Blick noch nicht. Erstens kann die selbst geäusserte Informiertheit nämlich auch eine Fehleinschätzung sein (über die falsche Vorlage abgestimmt) und zweitens kann es sein, dass alle Befragten, welche sich schlecht informiert fühlten, der Abstimmung fern blieben (schlechte Informiertheit als Filterfunktion für oder gegen die Teilnahme). Die erste Vermutung lässt sich mit einem Blick auf den wahrgenommenen Inhalt der Vorlage schnell entkräften:

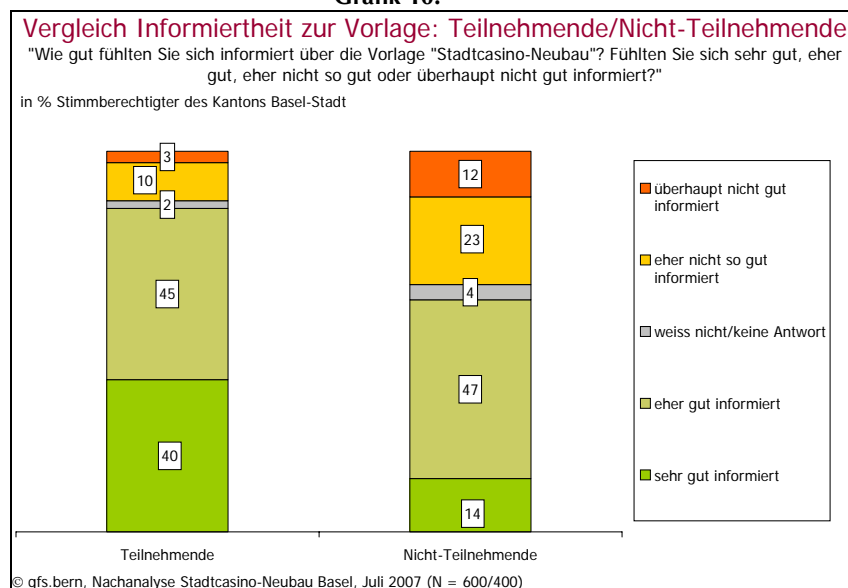
Grafik 9:



Unabhängig davon, ob eine Person am 17.6.2007 an der Abstimmung teilgenommen hat oder nicht, halten klare Mehrheiten aller Befragten richtigerweise fest, dass über den Neubau des Stadt-Casinos Basel abgestimmt wurde. Potenzielle andere Inhalte, wie beispielsweise der Bezug zur Finanzierung oder zur Architektur des geplanten Neubaus charakterisierten die Vorlage aus der spontanen Wahrnehmung aller Stimmberechtigten klar weniger zentral. Die Vorlage wurde vom Inhalt her auf dasjenige reduziert, was im Abstimmungskampf am meisten umstritten war: Es wurde demnach in erster Linie über den Neubau abgestimmt. Nur rund 16% aller Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt können rund einen Monat nach der Abstimmung keine Angabe zum Inhalt der Vorlage machen.

Richten wir in einem zweiten Schritt den Blickwinkel auf die Frage, ob eine zu hohe Komplexität der Vorlage darüber entschieden hat, ob jemand an der Abstimmung teilgenommen hat oder nicht, zeigt sich einmal mehr die vermutete hohe Vertrautheit mit dem Thema:

Grafik 10:



Auch unter den Befragten, welche nicht an der Abstimmung teilgenommen haben, findet sich eine gewichtige Gruppe von 61%, welche sich zur Abstimmungsvorlage zumindest eher gut informierte. Diese Informiertheit unter Nicht-Teilnehmenden ist durchaus

beachtlich. Faktisch bedeutet dies nämlich nichts anderes, als dass mehr als die Hälfte aller Nicht-Teilnehmenden, sich zur Vorlage gleich gut informiert fühlte wie die grosse Mehrheit der AbstimmungsteilnehmerInnen, welche sich mit dem Thema in einer Entscheidungssituation auseinandergesetzt hatte. Nur gerade die Gruppe der Nicht-Teilnehmenden mit tiefer Bildung erweist sich als überdurchschnittlich uniformiert.

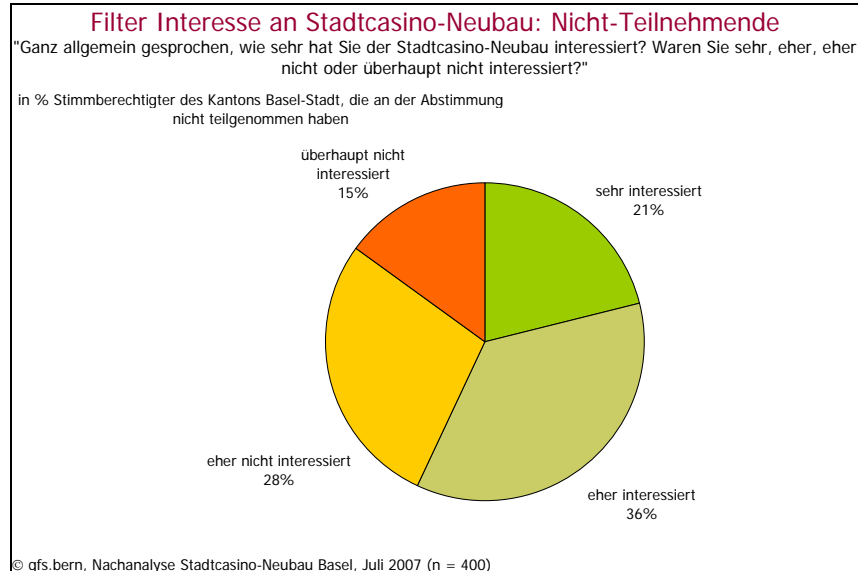
Die gewichtige Informiertheit unter Nicht-Teilnehmenden ist ein erstes Zeichen dafür, dass nicht die fehlende Informiertheit den Ausschlag gegen eine Teilnahme an der Abstimmung gab. Ein zweites solches Zeichen finden wir, wenn wir direkt die Begründung für den Abstimmungsverzicht abfragen:



So wird das Fernbleiben nur von einer marginalen Gruppe von 5% mit Überforderung begründet. Im Zentrum stehen vielmehr die fehlende Zeit, die Nachlässigkeit oder Vergesslichkeit, die Abwesenheit am Abstimmungstag oder das fehlende Interesse an Politik allgemein. Hierbei handelt es sich auch um jene Motivationen, welche wir auf nationaler Ebene als Begründung für die Nicht-Teilnahme immer dann beobachten, wenn die Vorlage eben gerade nicht zu Überforderung geführt hat. Es entschieden im vorliegenden Fall offensichtlich primär Faktoren über eine Teilnahme, welche weder mit der Abstimmungsvorlage generell, noch mit der Informiertheit zur Vorlage im Besonderen etwas zu tun haben.

Die Nicht-Teilnahme lässt sich schliesslich auch nicht mit fehlendem Interesse an der Vorlage erklären:

Grafik 12:

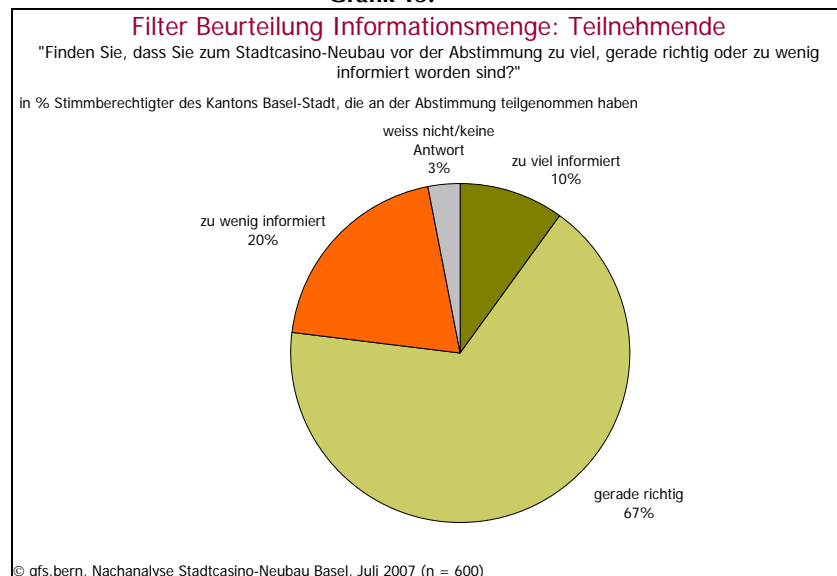


Nicht-UrnengängerInnen erscheinen nämlich mehrheitlich als Themen-Interessierte. 57% aller Nicht-UrnengängerInnen nahmen nicht an der Abstimmung teil, obwohl sie das Thema interessierte. In anderen Worten bedeutet dies nichts anderes, als dass die Nicht-Teilnahme weder mit einer Themen-Überforderung noch mit einem thematischen Desinteresse erklärt werden kann. Vielmehr scheiterte die Teilnahme oft an praktischen Gründen (keine Zeit, Abwesenheit).

3.2.2. Die Kampagnenkommunikation

In einem zweiten Schritt finden wir dezidiert auch kein Anzeichen dafür, dass die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt durch die Informationen rund um die Abstimmungsvorlage mehr verwirrt als informiert wurden:

Grafik 13:

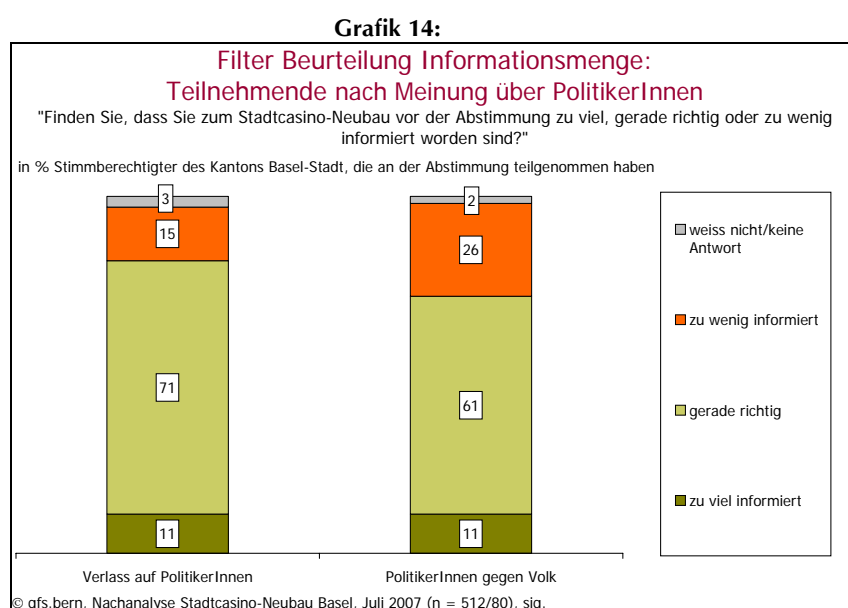


So findet sich nämlich eine klare Zweidrittels-Mehrheit, welche die Informationsarbeit rund um die Abstimmung in der Nachbetrachtung als gerade richtig ausgestaltet einstuft. Nur jedeR fünfte AbstimmungsteilnehmerIn hätte sich mehr Informationen gewünscht. Die

restlichen 10% der Befragten fanden die Informationsbestrebungen der Behörden zu umfangreich. Die Informationstätigkeit schien also den breiten Puls zu treffen und eine grosse Gruppe von Stimmenden zufrieden zu stellen.

Dieser Blick auf die Informationsarbeit erhärtet demnach die Erkenntnis, welche wir rund um die Informiertheit der Befragten gezogen haben: Die AbstimmungsteilnehmerInnen vom 17.6.2007 waren nicht nur gut informiert, sie gingen auch davon aus, dass die Informationsarbeit rund um die Vorlage "Neues Stadt-Casino Basel" mehrheitlich im richtigen Masse ausgestaltet war. Die wenigen, die sich subjektiv als schlecht informiert wahrnahmen, wurden tatsächlich schlecht informiert. Allerdings handelt es sich hier um keine gewichtige Gruppe.

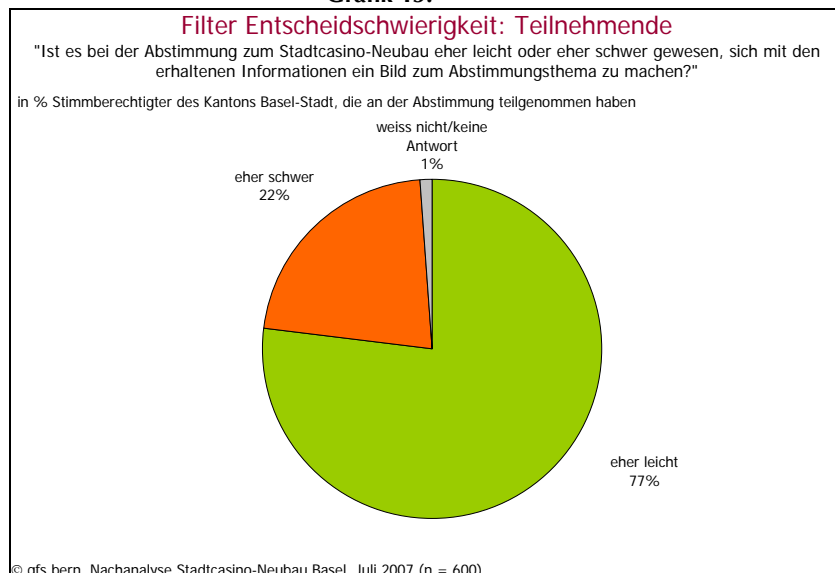
Ein Unterschied zeigt sich zwischen jenen, die der Politik vertrauen und jenen, die ihr misstrauen:



Hier äussert nämlich jedeR Vierte eine zu schwache Informationstätigkeit, was erfahrungsgemäss auf den stärker ausgeprägten Generalverdacht in dieser Gruppe zurückzuführen ist, dass die Behörden bewusst zu wenig oder zu einseitig informieren. Allerdings darf der Effekt hier auch nicht überbewertet werden, gehen doch in dieser Gruppe 61% davon aus, dass gerade richtig informiert wurde.

Dass die punktuelle Kritik an der Informationstätigkeit nicht über zu bewerten ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die Informationsarbeit und der daraus entstandene Informationsgrad relativ leicht in einen Stimmentscheid umgesetzt werden konnte:

Grafik 15:

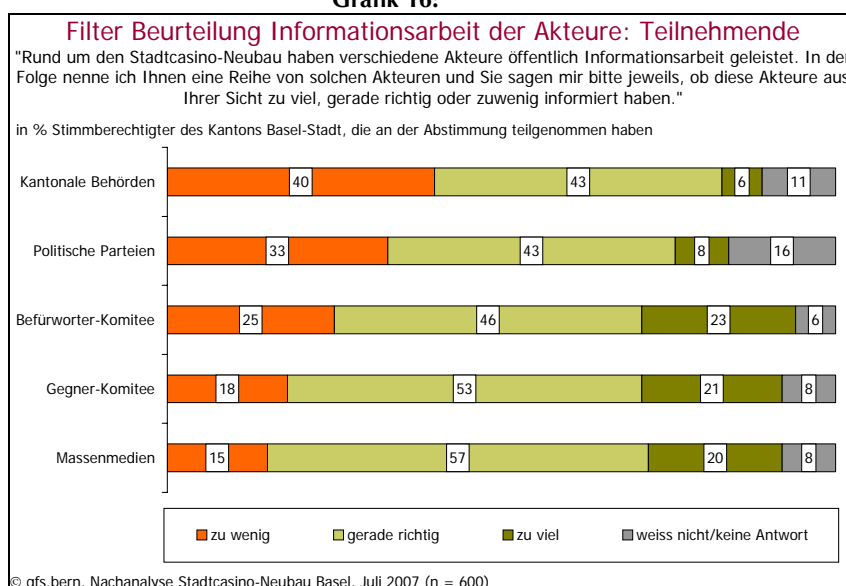


Mehr als drei von vier Stimmberechtigten (77%), die an der Abstimmung teilgenommen haben, beurteilen den Entscheid anhand der Informationsgrundlage als eher leicht. Oder in anderen Worten: Die fast flächendeckend vorherrschende Informiertheit, die nicht zuletzt der umfassenden Informationstätigkeit der Behörden zu verdanken ist, führt demnach zu einer einfachen Entscheidungsfindung über eine zudem wenig komplexe Vorlage.

Der problemlose Prozess der Entscheidungsfindung lässt sich im Übrigen ebenfalls bei allen beobachteten Merkmalsgruppen gleichermassen nachweisen. Auch den schlechter gebildeten Schichten bereitete die Entscheidung explizit keine besonderen Schwierigkeiten. Nur den schlecht Informierten fiel es erwartungsgemäss schwerer, sich ein Bild zu Abstimmungsthema zu machen.

Interessant ist nun aber nicht nur der Blick auf die Zufriedenheit mit der Informationstätigkeit, sondern auch die diesbezügliche Bewertung der relevanten Kommunikatoren:

Grafik 16:

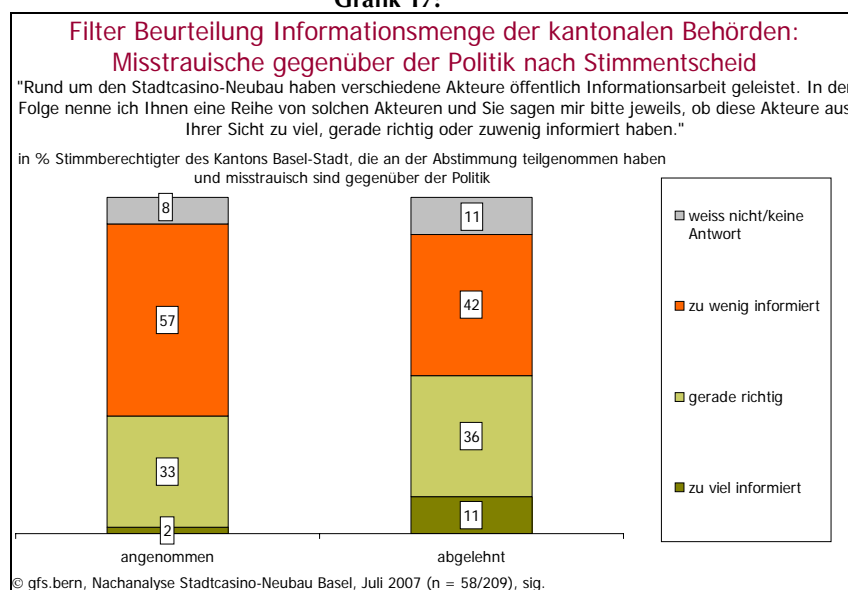


Dabei fällt auf, dass aus Sicht der Abstimmungsteilnehmenden nicht alle Akteure ihre öffentliche Informationsaufgabe gleichermassen gut wahrgenommen haben. Am besten

schneiden die Massenmedien ab, die laut 57% der befragten im richtigen Mass über die Abstimmung informiert haben. Von den beiden aktiven Komitees schneidet jenes der GegnerInnenseite besser ab. Eine knappe Mehrheit von 53% der Befragten zeigt sich von der Informationsarbeit der Gegnerschaft befriedigt. Das Befürworter-Komitee mag dagegen nur noch minderheitliche 46% zufrieden zu stellen. Am schlechtesten schneiden dagegen die kantonalen Behörden und die Parteien ab. Zwei von fünf Befragten hätten sich einen grösseren Einsatz von dieser Seite gewünscht. Überdurchschnittlich stark beobachtbar ist dieses Bedürfnis nach zusätzlichen Behördeninformationen bei den BefürworterInnen der Vorlage (49%), den Personen, die sich allgemein schlecht informiert fühlten (59%) sowie jenen, die beklagen, insgesamt zu wenig informiert worden zu sein (64%). Interessanterweise äussern sich auch Personen mit einem selbstgeäusserten Misstrauen gegenüber der Politik (46%) verstärkt in diese Richtung. Obwohl diese Gruppe der Politik überdurchschnittlich misstraut, hätte sie sich von dieser Seite mehr Informationen gewünscht. Oder mit anderen Worten: Die Misstrauischen wären also fast zur Hälfte empfänglich gewesen für Informationen der Behörden. Das relativ breite Misstrauen im Kanton Basel-Stadt gegenüber der Politik muss hier also als ein eher oberflächlich motiviertes gegenüber der Politik generell denn als ein pointiertes gegenüber den Behörden verstanden werden.

Bezeichnend ist diese Tatsache vor allem deswegen, weil drei von vier misstrauischen Personen gleichzeitig GegnerInnen der Vorlage waren. Untersucht man nur die Gruppe, die sich den Behörden gegenüber als misstrauisch erweist, zeigt sich, dass nicht nur die Misstrauischen, welche die Vorlage trotzdem befürworteten, sondern tatsächlich auch jene, die sie abgelehnt haben, zu einem gewichtigen Teil mehr Informationen seitens der Behörden gewünscht hätten.

Grafik 17:



Jeder dritte befragte Stimmende nimmt zudem die politischen Parteien in die Pflicht.

3.2.3. Zwischenbilanz

Haben wir eingangs die Hypothese formuliert, dass eine Ablehnung zustande kommen kann, weil sich die StimmbürgerInnen schlecht informiert oder überfordert fühlten, kann diese Annahme verworfen werden. Sowohl die Vermutung einer komplexen Thematik wie auch die Annahme ungenügender Informationstätigkeit lassen sich durch tiefere Analyse nicht erhärten. Offensichtlich handelte es sich bei der Abstimmung von 17. Juni 2007 um ein leicht zu beurteilendes Thema, das breit wahrgenommen, mit dem richtigen Inhalt gefüllt und mit genügend Informationen versetzt wurde. Die Stimmberechtigten vom Kanton Basel-Stadt fühlten sich zur Vorlage "Neues Stadt-Casino Basel" hochgradig informiert. Diese Aussage stimmt so nicht nur für diejenigen BaslerInnen, welche dann auch an der Abstimmung teilnahmen, sondern ebenfalls (wenn auch in abgeschwächter Form) für die Nicht-Teilnehmenden. Fehlende Informiertheit oder gar Themenüberforderung waren in der Folge auch kein Ausschlusskriterium für oder gegen eine Abstimmungsteilnahme.

Fragen wir aber die Teilnehmenden vertieft nach dem genauen Inhalt der Vorlage in seiner Gesamtheit (also die Kombination aus Neubau, Finanzierungsbeitrag, Änderung des Zonenplans) wird schnell offensichtlich, dass die individuelle Informiertheit zwar subjektiv gross eingestuft wird, bei der Vorlage aber einzelne Elemente deutlich in den Vordergrund gestellt und andere gar nicht reflektiert werden. Hohe subjektive Informiertheit bedeutet also nicht vollständige objektive Informiertheit.

All dies sind erfahrungsgemäss Folgen einer einfach zu beurteilenden politischen Vorlage. Einfachheit bestimmt dabei gewichtig die überdurchschnittlich hohe Informiertheit, welche sich zugespitzt auf einige wenige und umstrittene Elemente und den freizügigen Umgang mit der dahinter stehenden Gesamtkomplexität präsentiert.

Die kantonalen Behörden selber wurden als Partei wahrgenommen und waren entsprechend umstritten, was zu Abstrichen in ihrer Informationsarbeit führte.

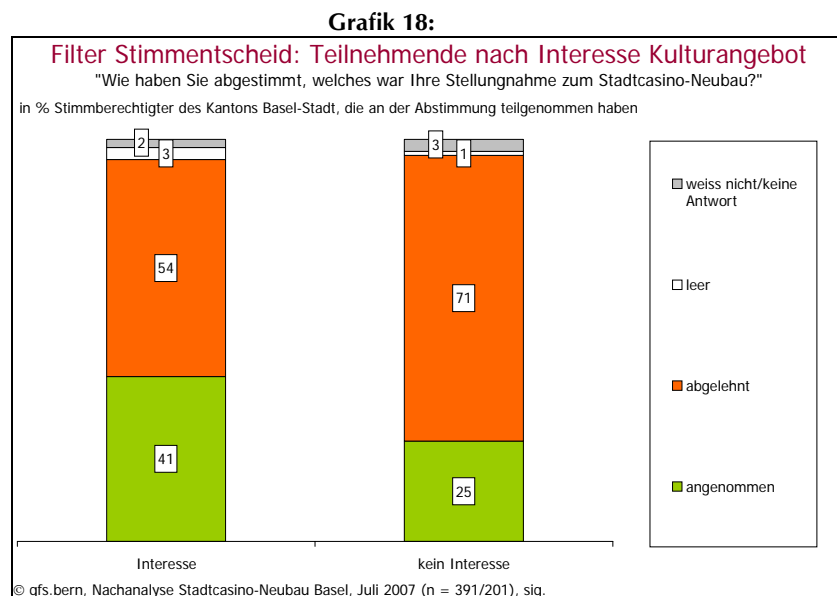
3.3. Eine soziodemographische Differenzierung

2. Arbeitshypothese

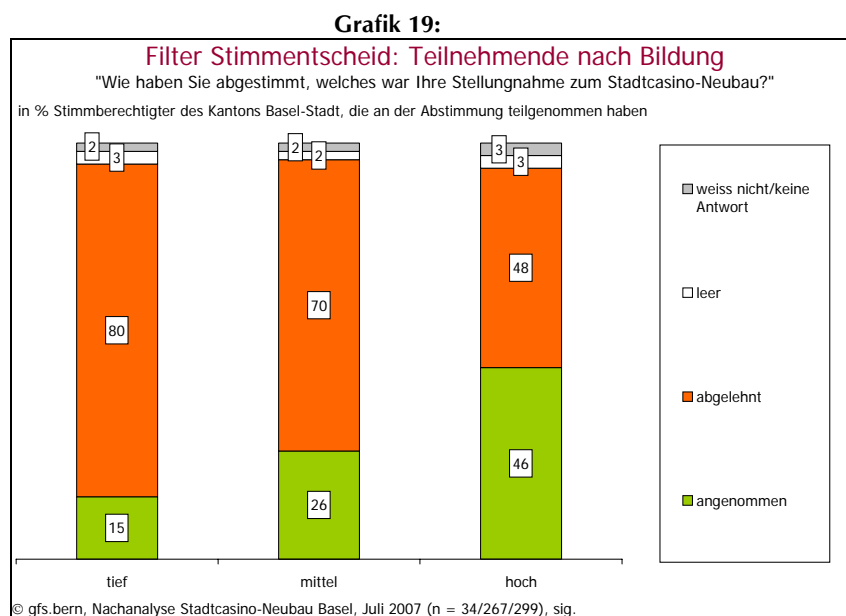
Entscheidungen zu Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als die Regierungsparteien die Behördenposition teilen. Zustimmung ist insbesondere bei Personen zu erwarten, die sich mit Regierungsparteien identifizieren, die für eine Behördenvorlage sind.

Den stärksten Einfluss auf das Stimmverhalten weist im aktuellen Fall allerdings nicht die parteipolitische Identifikation, sondern die persönliche Involvierung rund um das Stadt-Casino auf. Wer ein Interesse aufweist am Kulturangebot des jetzigen Stadt-Casinos und dies auch mit einem mehr oder regelmässigen Besuch des Casinos zum Ausdruck bringt, unterstützt einen Neubau stärker als die Uninteressierten. Im persönlichen Interesse am kulturellen Angebot des Stadt-Casinos findet sich also der wichtigste Grund für eine Annahme der Vorlage. Allerdings sind die am Casino Interessierten keineswegs eine homogene Gruppe.

Selbst hier ist die Unterstützung eines Neubaus nämlich nur minderheitlich. Oder in anderen Worten: Obwohl eine Mehrheit von 57% der befragten Stimmberechtigten aus dem Kanton Basel-Stadt am Kulturprogramm des Stadt-Casinos Interesse zeigt, war diese Gruppe aus Kulturinteressierten unter sich zu stark gespalten. Die Verbundenheit mit dem Stadt-Casino ist also kein ausreichender Grund für einen befürwortenden Stimmentscheid.



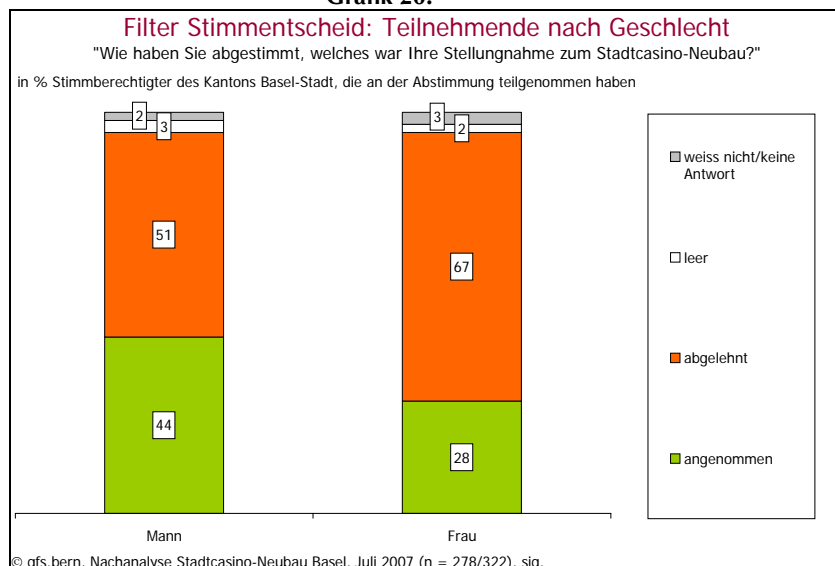
Das Interesse am Kulturangebot des Stadt-Casinos Basel hängt eng mit dem Bildungsniveau einer Person zusammen. Je höher die Bildung, desto grösser ist im Schnitt das kulturelle Interesse. Entsprechend erstaunt auch der folgende Zusammenhang zwischen dem Stimmentscheid und dem Bildungsniveau wenig:



Je höher das Bildungsniveau ist, desto grösser ist die Unterstützung der Vorlage für den geplanten Neubau. Allerdings bleibt die Unterstützung in allen Bildungsschichten minderheitlich.

Ohne die Mehrheiten im Stimmentscheid anders zu verteilen, finden wir zudem auch signifikante Unterschiede entlang des Geschlechts:

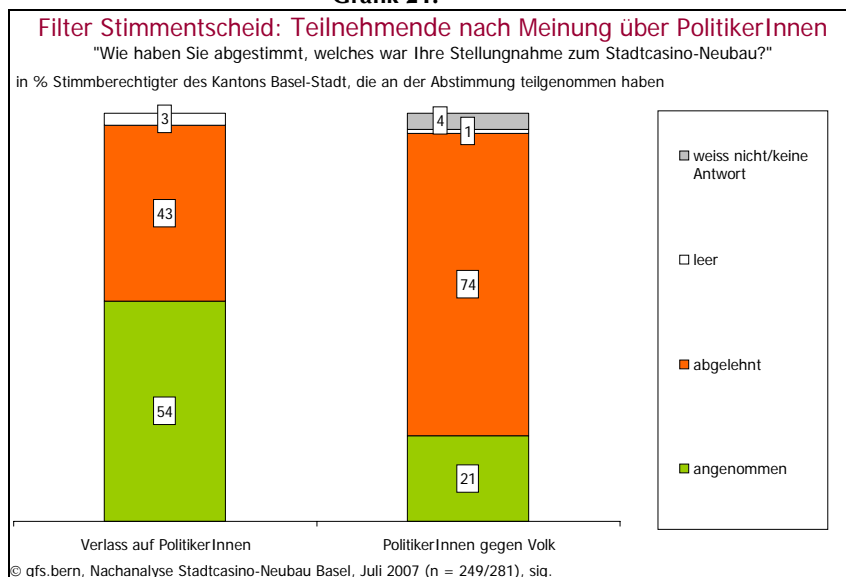
Grafik 20:



So äussern Teilnehmende männlichen Geschlechts gegenüber Frauen eine höhere Zustimmung zum neuen Stadt-Casino. Männer scheinen wohl die Form des geplanten Neubaus stärker zu begrüßen als Frauen. Allerdings zeigen sich auch Männer mehrheitlich ablehnend disponiert.

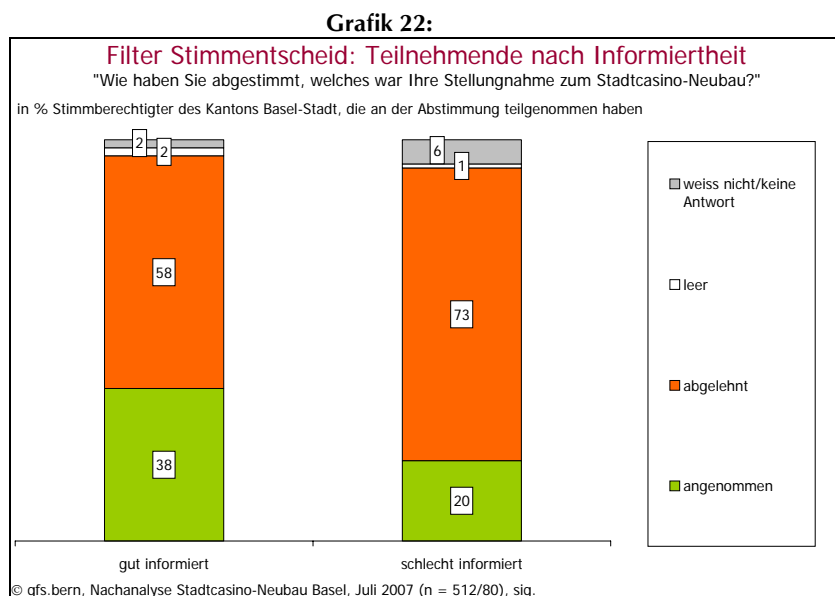
Neben diesen überdurchschnittlich zustimmenden strukturellen Elemente, zeigen sich auch ebensolche mit einer überdurchschnittlichen Ablehnung. Ein Grund für die Ablehnung der Vorlage an der Urne findet sich beim Misstrauen in die Politik:

Grafik 21:



Eine relative Mehrheit der Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt ist der Meinung, dass sich die PolitikerInnen im Kanton Basel-Stadt eher gegen das Volk einsetzen. Wenn auch die Frage noch nicht abschliessend geklärt ist, ob es sich bei diesem Misstrauensvotum um ein strukturelles oder um ein situatives handelt, erweist sich eine solche Meinung statistisch als besonders wichtig in der Entscheidung für oder gegen den Neubau des Stadtcasino Neubaus. So sprechen sich AbstimmungsteilnehmerInnen, welche Vertrauen in die Politik haben, mit einer Mehrheit von 54% für das neue Stadt-Casino in Basel aus, während Befragte mit gegenteiliger Meinung die Vorlage mit einer Dreiviertels-Mehrheit ablehnen.

Wer sich schlecht informiert fühlt, erklärt diesen Zustand in erster Linie damit, dass die Behörden die Bevölkerung nicht ausreichend bzw. nicht neutral über den Casino Neubau informiert haben. Dieses Misstrauen gegenüber der Informationspolitik der Behörden wird wiederum direkt auf die Vorlage übertragen:

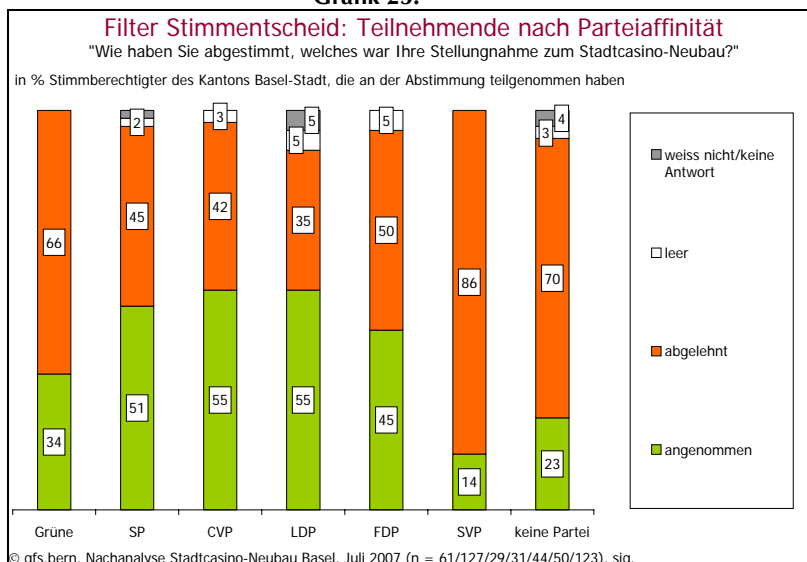


Wer sich nämlich schlecht informiert fühlt, spricht sich deutlich stärker gegen einen Casino Neubau aus als jene Stimmberechtigten, die von einem guten subjektiven Informationsgefühl zeugen. Allerdings ist die Ablehnung auch unter Letzteren mehrheitlich.

Da sich zudem nur 13% aller AbstimmungsteilnehmerInnen schlecht informiert fühlten, muss die Auswirkung der schlechten Informiertheit auch entsprechend relativiert werden.

Keine nachweisbare Wirkung auf den Stimmentscheid weist die Parteiaffinität auf. Dabei wird schnell offensichtlich, dass die weitgehend einheitliche (und befürworterische) Parolenfassung keineswegs in einen ebenso einheitlich ausgestalteten Stimmentscheid umgemünzt wurde. Nur gerade die SympathisantInnen der CVP und der LDP sprachen sich mehrheitlich für die Vorlage aus, während die SP-SympathisantInnen die Vorlage nur im Zufallsbereich mehrheitlich angenommen haben und die SympathisantInnen der FDP und der Grünen sie sogar mehrheitlich ablehnten. Bei allen drei Parteien lässt sich also eine gewisse Gespaltenheit ausmachen. Am deutlichsten und parolentreuesten gaben sich SympathisantInnen der SVP, welche die Vorlage fast flächendeckend verworfen haben. Die SVP-SympathisantInnen machten die Gegnerschaft aber keinesfalls alleine aus. Die zahlenmässig grösste Gruppe der Gegnerschaft findet sich nämlich unter den Befragten, welche sich keiner Partei zugehörig fühlen und sich entsprechend auch weniger nur aufgrund von Parteiparolen entscheiden.

Grafik 23:



Offensichtlich zeigt sich eine klare Diskrepanz zwischen Partei-Parolen und Stimmabgabe rund um das rot-grüne Lager und die Zentrumparteien. Dies ist auf den ersten Blick durchaus bemerkenswert, haben Parteiparolen doch grundsätzlich die Wirkung einer Entscheidungshilfe. Auf den zweiten Blick vermag das Abweichen von der Parteimeinung aber nicht zu erstaunen, konnten wir doch bereits darlegen, dass die Vorlage vom 17. Juni 2007 für die Stimmenden relativ einfach zu beurteilend war. Die Befragten trauten sich offensichtlich einen Entscheid aus ihrem Alltag oder aus ihrem Bauch heraus zu und stützten sich erkennbar unterdurchschnittlich auf die Parteiparolen. Dieser Effekt ist bei den parteiungebundenen AbstimmungsteilnehmerInnen, wo die Parteiparolen der Regierungsparteien noch unverbindlicher sind, besonders ausgeprägt.

3.3.1. Zwischenbilanz

Die Vorlage wurde nicht nur trotz eines relativ flächendeckenden Informationsstandes mit einer klaren Mehrheit abgelehnt, die Ablehnung zieht sich dabei auch durch alle soziodemographischen Unterscheidungsmerkmale hindurch.

Insgesamt vier Unterscheidkriterien helfen uns aber beim Verständnis des Abstimmungsergebnisses vom 17. Juni 2007.

1. Die persönliche Involvierung vermittelt über das Interesse am Kulturangebot des aktuellen Stadt-Casinos begünstigte eine positive Haltung gegenüber dem Casino-Neubau. Selbst unter den Interessierten war die Zustimmung zur Vorlage allerdings minderheitlich.
2. Das Geschlecht erwies sich ebenfalls als eine relativ starke intervenierende Variable. So waren Männer dem Neubau in seiner geplanten Dimension und Form stärker, wenn auch immer noch minderheitlich zugetan als Frauen.
3. Auf die gegenteilige Position wirkte sich insbesondere die emotionale Einstellung gegenüber der Politik und PolitikerInnen aus. Befragte mit einem ausgeprägten situativen Misstrauen gegenüber PolitikerInnen und der behördlichen Informations-

politik zweifelten verstärkt an der Notwendigkeit eines Neubaus des Stadt-Casinos und reagierten mit einem ablehnenden Stimmentscheid.

4. Gleiches gilt schliesslich auch für Personen mit tiefer Bildung.

Die parteipolitische Verortung einer Person dagegen weist keine Wirkung auf den Stimmentscheid auf. Unsere Arbeitshypothese können wir somit nicht bestätigen. Der Grund für die fehlende Wirkung der Parteizugehörigkeit muss in der Nichtbeachtung der Parteiparolen gesucht werden. Da die Vorlage den Stimmberechtigten allgemein wenig Entscheidungsmühe bereitete, richteten sie sich kaum nach der Parteiparole.

3.4. Das zugrunde liegende Argumentarium

3. Arbeitshypothese

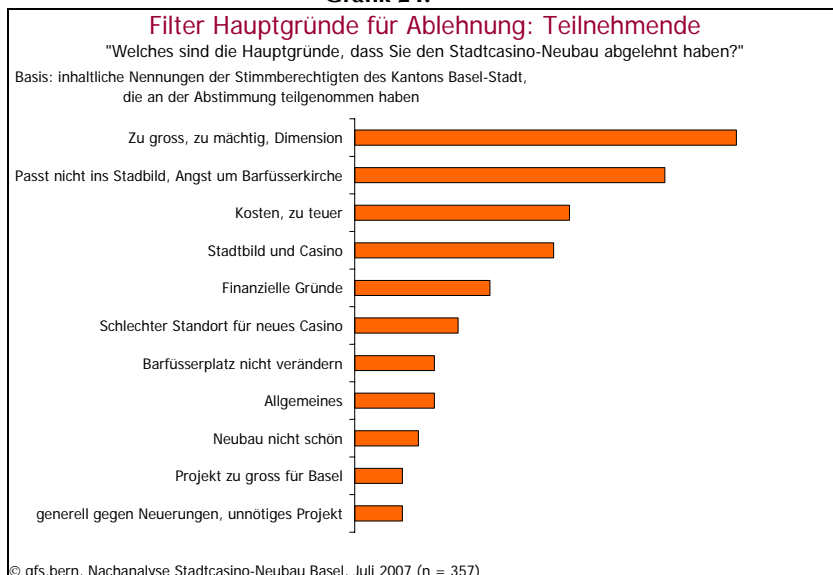
Entscheidungen über Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als die Behörden vorlagenspezifische Botschaften entwickeln resp. sich auf Selbstverständnisse und Interessen stützen können, die mehrheitlich geteilt und entscheidungsrelevant in die Meinungsbildung eingebracht werden können.

Die Vermutung liegt nahe, dass die gemessenen Unterschiede entlang der Parolentreue und dem Misstrauen gegenüber der Politik auch eine inhaltliche Fortsetzung in den Abstimmungsbotschaften finden. Die 3. Arbeitshypothese lässt vermuten, dass die gegnerischen Botschaften am 17.6.2007 mehr Wirkung entfacht haben, als wir dies für die befürworterischen festhalten können. Wir nähern uns der Überprüfung der dritten Arbeitshypothese auf zwei unterschiedlichen Wegen: Auf der einen Seite untersuchen wir die Motivation, welche einer Stimmentscheidung zugrunde lag, auf der anderen Seite konfrontieren wir die Befragten auch mit konkreten Argumentationslinien, welche auch im Abstimmungskampf verwendet wurden, um abzufragen, welche Wirkung die jeweiligen Argumente auf den eigenen Stimmentscheid hatten.

3.4.1. Die Stimm motive

Wir konnten schon aufgrund der inhaltlichen Verortung der Vorlage vom 17. Juni 2007 aufzeigen, dass auch wenn die Befragten subjektiv fast flächendeckend informiert waren, sich der Inhalt dieser Informiertheit bei näherem Betrachten als einseitig auf das Element des Neubaus beschränkte. Es mag unter einer solchen Inhaltsgebung der AbstimmungsteilnehmerInnen aus dem Kanton Basel-Stadt auch nicht erstaunen, dass sich der ablehnende Stimmentscheid auf eine wesentliche Motivlinie zusammenfassen lässt:

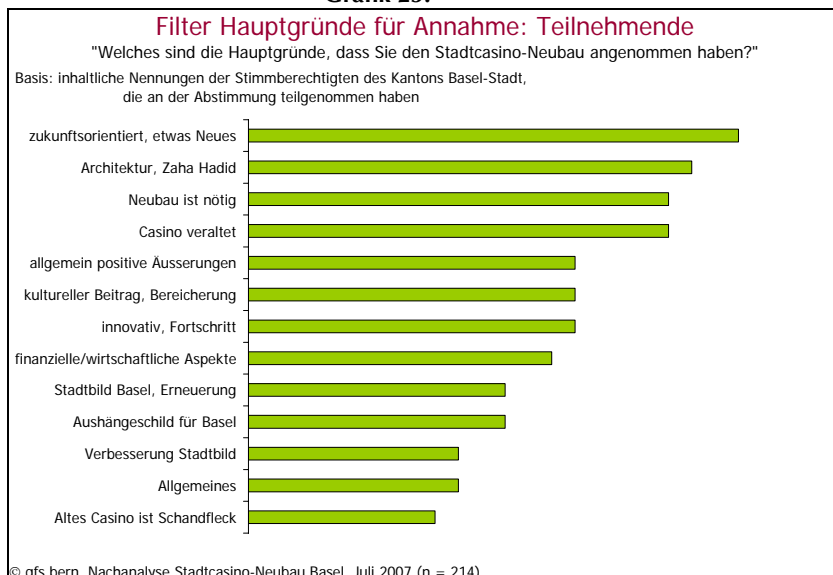
Grafik 24:



Im Zentrum der ablehnenden Motive stehen die Dimension des geplanten Stadt-Casinos bzw. ästhetische Kritikpunkte. Der Neubau passt zu wenig ins Stadtbild. Erst weit dahinter werden Aussagen zur geplanten Finanzstruktur ins Feld geführt. Damit war die Ablehnung auf den ersten Blick also eher eine Frage der Ausgestaltung des geplanten Stadt-Casinos und weniger der finanziellen Beteiligung der Stadt. Dieser primäre Bezug auf die Ausgestaltung ist dabei durchaus bemerkenswert, beobachteten wir doch bei einem Grossteil der von uns untersuchten, abgelehnten Bauprojekte eine gewichtige Motivation über die Kostenfrage. Dies scheint im Fall der Vorlage vom 17. Juni 2007 in diesem Ausmass nicht gegeben.

Erkennbar vielseitiger ist auf der anderen Seite die Motivation der Befürworterschaft:

Grafik 25:



Die Ansicht, dass es sich beim geplanten Stadt-Casino um ein zukunftsorientiertes und architektonisch neuartiges Projekt handelt, stand dabei ebenso im Zentrum wie die Notwendigkeit eines Neubaus, welcher das veraltete Casino ersetzt. Minderheitlich wird diese zentrale Motivationsgruppe auch mit kulturellen (Bereicherung etc.) und finanziellen (Arbeitsplätze etc.) Aspekten ergänzt. Zumindest unter den BefürworterInnen scheint die

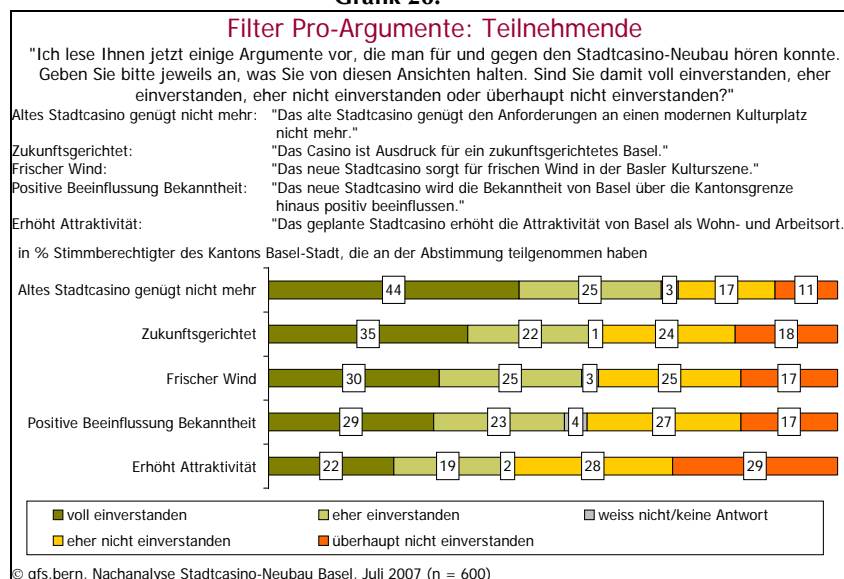
breite Palette an Anforderungen und Vorstellungen, welche die Initiatoren an das Projekt richteten durchaus wahrgenommen und geteilt worden zu sein.

Allerdings lässt sich auch hier ein Phänomen beobachten, das wir bei der Motivation von Stimmentscheiden grundsätzlich festhalten. Die Befürwortung einer Vorlage ist meist weniger stark von einigen wenigen Motivationen abhängig, während auf der Gegnerschaft in der Extremform oft ein Motiv (oder in anderen Worten: eine Schwachstelle) genügt, um einen negativen Stimmentscheid herbeizuführen. Wenden wir diese Erfahrung im Zusammenhang mit der Abstimmung Juni 2007 an, haben die Bedenken rund um die Ausgestaltung der neuen Stadt-Casinos eine solche Kraft, während die Befürworterschaft auf der anderen Seite eine deutlich breitere positive Erwartungshaltung an das Projekt richtet und damit auch ihren Stimmentscheid begründet. Oder in kurzen Worten: Das neue Stadt-Casino wurde nicht abgelehnt, weil es der Befürworterschaft an positiven Motivatoren mangelte, sondern offensichtlich eher, weil diese Motivatoren zu wenig flächendeckend geteilt wurden.

3.4.2. Das Argumentarium

Die Stimm motivation ist allerdings nur eine mögliche Annäherung an die Begründung der eigenen Stimmabgabe. Ebenso wichtig sind, gerade während des Abstimmungskampfes, die von der Pro- und Contra-Seite eingesetzten Argumente. Die beschriebene Motivlage kam nämlich nicht zuletzt anhand einer Konfrontation mit Meinungsbildern während des Abstimmungskampfes zustande. Wie stark diese argumentativen Meinungsbilder die Motivation beeinflussen konnten, müssen wir ohne Voranalyse der Bevölkerungsmeinung vor dem Abstimmungskampf offen lassen. Im Nachhinein können wir aber festhalten, wie stark die einzelnen Argumentationsströme überhaupt geteilt wurden und damit segmentieren, welche überhaupt das Potenzial einer Einflussnahme aufweisen, und welche im Abstimmungskampf an sich keine Beachtung fanden. Dabei weisen die BefürworterInnen der Vorlage auf den ersten Blick eine angenehme Ausgangslage für eine erfolgreiche Abstimmung auf:

Grafik 26:

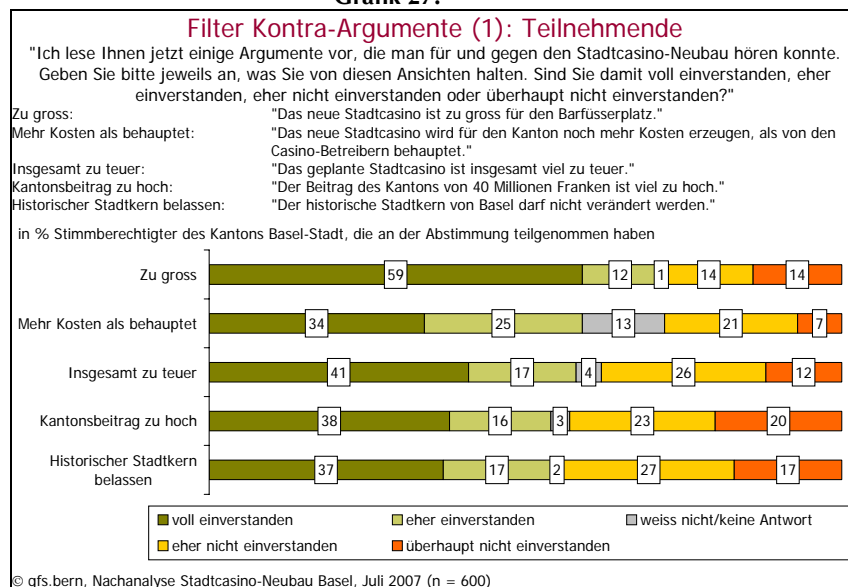


So finden wir vier befürworterische Argumentationsströme, welche mehrheitlich geteilt werden. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass sich in drei Fällen auch gewichtige Gruppen von über 40% gegen die Argumente stellen.

- Mit 69% Zustimmung am deutlichsten geteilt wird die Ansicht, dass das alte Stadt-Casino den Anforderungen an einen modernen Kulturplatz nicht mehr genüge. Damit findet sich dieses Argument sowohl in der Kampagnenargumentation wie auch in der vorgängig untersuchten Stimm motivation, was in diesem Zusammenhang einen ersten Kampagneneffekt zumindest nicht ausschliesst. Interessanterweise weist dieses Argument für ein neues Stadt-Casino eine Zustimmungshöhe auf, welche erkennbar über die geäusserte Annahme an der Abstimmung hinausgeht. Es scheint hier also breite Kreise zu geben, die gegen ein neues Stadt-Casino stimmten, obwohl sie das alte als ungenügend betrachten. Tatsächlich wird dieses Argument mit Ausnahme der SVP-Anhängerschaft von allen untersuchten Merkmalsgruppen mehrheitlich geteilt. Sogar die Gegnerschaft verschliesst sich einer solchen Argumentation mehrheitlich nicht, auch wenn in dieser Gruppe die Kritik leicht stärker ausgeprägt ist.
- Etwas weniger aber immer noch mehrheitliche Zustimmung (57%) erhält auch die Ansicht, wonach das neue Casino Ausdruck für ein zukunftsgerichtetes Basel ist. Hier ist der Widerstand mit 42% aber bereits beträchtlich. Mehrheitlich ist die Skepsis gegenüber diesem Argument unter den Politikverdrossenen, den schlecht Informierten, den SVP-SympathisantInnen sowie knapp auch unter jenen, die kein Interesse am Kulturangebot des aktuellen Stadt-Casinos aufwiesen. Es zeigen sich zudem verstärkte Unterschiede entlang der Stimmabgabe. Während BefürworterInnen einer solchen Ansicht faktisch flächendeckend zustimmen (94%), sprechen sich rund zwei Drittel (63%) der Gegnerschaft dagegen aus.
- Ebenfalls ähnlich unterstützt wird mit 55% an dritter Stelle die Ansicht, dass das neue Stadt-Casino frischen Wind in die Basler Kulturszene bringt. Auch hier sprechen sich aber wiederum gewichtige 42% der AbstimmungsteilnehmerInnen dagegen aus. Auf mehrheitliche Ablehnung stösst das Argument bei den tiefen Bildungsschichten sowie wiederum bei den schlecht informierten Kreisen, bei der SVP-Anhängerschaft, den uninteressierten Personen und bei der Gegnerschaft der Vorlage.
- Nur noch von knapp mehrheitlichen 52% der AbstimmungsteilnehmerInnen geteilt wird hingegen das Argument, wonach das neue Stadt-Casino die Bekanntheit von Basel über die Kantonsgrenze hinaus positiv beeinflussen wird. Im Gegenzug ist bei diesem Argument die Kritik mit 44% ebenfalls relativ ausgeprägt. Es vermag angesichts der insgesamt knappen Mehrheit nicht zu erstaunen, dass ebendiese im Lager der GegnerInnen klar ins Gegenteil kippt. Genau zwei Drittel aller Vorlagen-GegnerInnen widersetzen sich dieser Argumentationslinie. Wiederum wird das Pro-Argument auch von einer Mehrheit der SVP-SympathisantInnen, der uninteressierten und/oder schlecht informierten Kreisen, der tiefen Bildungsschichten sowie derjenigen, die der Politik generell misstrauen, verworfen.
- Von einer Mehrheit von 57% abgelehnt wird schliesslich die Pro-Argumentation, wonach sich dank dem geplanten Stadt-Casino die Attraktivität von Basel als Wohn- und Arbeitsort erhöht. Dieses Argument vermag zudem wie kein anderes, eine trennscharfe Linie zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen zu ziehen: BefürworterInnen teilen eine solche Einschätzung grossmehrheitlich (77%), während die GegnerInnen genau die gegenteilige Position vertreten (80%).

Allerdings verfügt nicht nur die Befürworterschaft über breit geteilte Argumentationslinien:

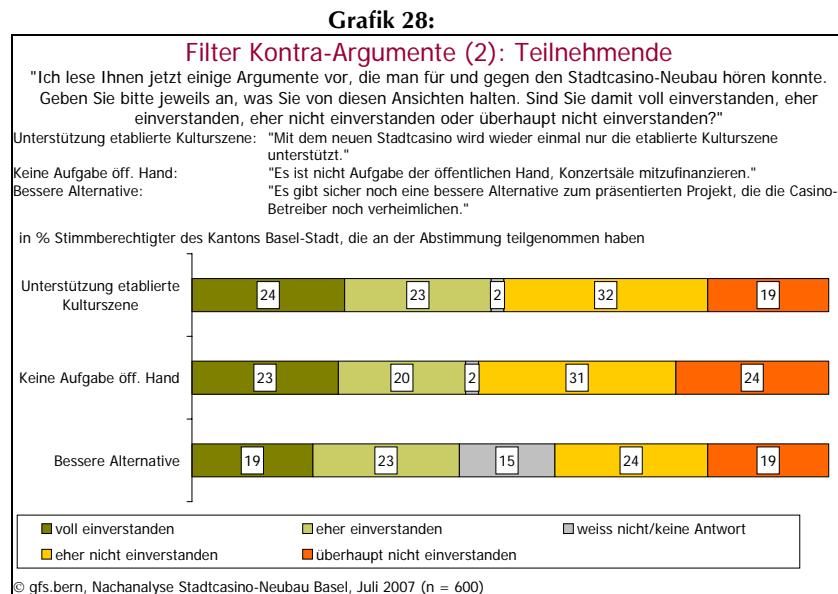
Grafik 27:



- So halten grossmehrheitliche 71% aller AbstimmungsteilnehmerInnen fest, dass das neu geplante Stadt-Casino zu gross sei für den Barfüsserplatz, was in dieser Form nur gerade von 28% aller Befragten mehr oder weniger vehement abgelehnt wird. Offensichtlich gilt hier Gleiches, wie wir schon bei den BefürworterInnenargumenten festhalten konnten: Die Zustimmung zu dieser Gegnerargumentation geht über das Lager der Gegnerschaft hinaus: In allen untersuchten soziodemographischen Merkmalsgruppen wird diese Meinung mehrheitlich geteilt. Sogar unter den BefürworterInnen der Vorlage empfindet ein Drittel der Befragten den geplanten Neubau als zu gross.
- Mehrheitlich (59%) unterstützt wird an zweiter Stelle die Ansicht, dass das neue Stadt-Casino für den Kanton mehr Kosten erzeugen wird, als von den Casino-Betreibern behauptet. Auch unter der Befürworterschaft des neuen Casinos wird dieses Argument nur von einer knappen Mehrheit von 53% verworfen.
- Die Meinung, dass das geplante Stadt-Casino insgesamt viel zu teuer sei, wird von 58% der AbstimmungsteilnehmerInnen vertreten. Mehrheitlich verworfen wird dieser Kostenaspekt durch die hohen Einkommens- und Bildungsschichten, die Anhängerschaften der SP und der FDP, durch Personen mit einem grossen Politikvertrauen sowie insbesondere auch durch die BefürworterInnen des Neubaus.
- Auf die Unterstützung von 54% der Befragten kann das Argument zählen, wonach der Kantonsbeitrag an das neue Stadt-Casino in der Höhe von 40 Millionen Franken viel zu hoch sei. Gewichtige 43% bestreiten dies im Gegenzug. Es vermag angesichts der vorgängigen Erkenntnisse auch nicht erstaunen, dass es wiederum die hohen Bildungs- und Einkommensschichten, Personen mit Vertrauen in die Politik, die SP- und die FDP SympathisantInnen wie in erster Linie die BefürworterInnen des Casino-Neubaus sind, die das Argument mehrheitlich verwerfen.
- Genau gleich gross (54%) ist schliesslich die Unterstützung des Wunsches, wonach der historische Stadt-Kern von Basel nicht verändert werden dürfe. Allerdings ist auch hier die Ablehnung dieses Arguments mit 44% keineswegs vernachlässigbar. Neben den jungen AbstimmungsteilnehmerInnen unter 40 Jahren sind es auch hier wiederum die gleichen Gruppen, welche dieses Argument nicht als

Grund gegen ein neues Stadt-Casino gelten lassen wollen: die hohen Bildungs- und Einkommenschichten, Personen mit Vertrauen in die Politik, die SP- und die FDP-SympathisantInnen sowie die BefürworterInnen des Casino-Neubaus.

Mehrheitlich verworfen werden alle anderen getesteten Argumentationslinien:

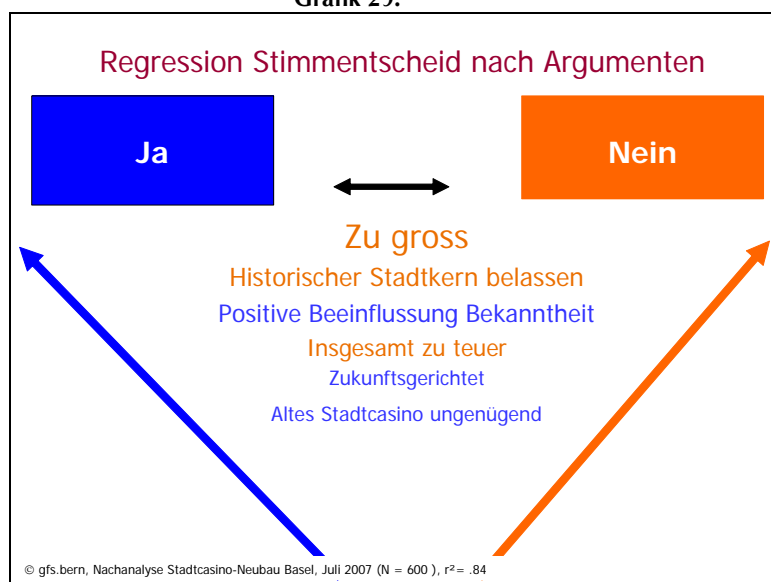


- Mehrheitlich bestritten wird die Ansicht, dass mit dem neuen Stadt-Casino wieder einmal mehr nur die etablierte Kulturszene unterstützt werde. Allerdings ist die Zustimmung zu dieser Argumentationslinie mit 47% keineswegs vernachlässigbar. In eine Mehrheit kippt die Unterstützung in den tiefen Bildungs- und Einkommenschichten, den schlecht Informierten, den wenig Interessierten, den SVP-AnhängerInnen, den Politikverdrossenen sowie auch unter den GegnerInnen des neuen Stadt-Casinos.
- Auf die Unterstützung von nur minderheitlichen 43% der Befragten kann das Argument zählen, wonach es nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand ist, Konzertsäle mitzufinanzieren. Mehrheitliche 55% bestreiten im Gegenzug eine solche Aussage. Dies dürfte ein weiterer Hinweis darauf sein, dass das Misstrauen in die öffentliche Hand im Kanton Basel-Stadt nicht struktureller Natur ist, wird doch die öffentliche Hand in dieser Funktion offenbar gewünscht. Von der Gegnerschaft wird dieses Argument ebenfalls nur knapp ganz knapp mehrheitlich geteilt (50%), während sich auch hier 48% dagegen aussprechen.
- Schliesslich kann sich auch die Ansicht, dass es sicher noch eine bessere Alternative zum präsentierten Projekt gibt, welche die Casino-BetreiberInnen bisher noch verheimlichten, auf keine mehrheitliche Zustimmung stützen. Ein solches Argument findet etwa gleich viele GegnerInnen (43%) wie BefürworterInnen (42%) und diene damit im Abstimmungskampf eher zur Polarisierung als zur Meinungsbildung in die eine oder andere Richtung. Unter den Politikverdrossenen, den SVP-SympathisantInnen, den schlecht Informierten, den tiefen Bildungs- und Einkommenschichten sowie auch unter den Vorlagen-GegnerInnen erweisen sich hingegen Mehrheiten als misstrauisch.

Die argumentative Verortung des Stimmentscheides vom 17. Juni 2007 gibt auf einen solchen ersten Blick zwar Erkenntnisse, ist dabei aber auch erkennbar rätselhaft: Offensicht-

lich wurden mehr Nein an die Urne getragen, obwohl die Befürworterschaft über ähnlich viele mehrheitlich geteilte Argumente verfügte wie die Gegnerschaft des neuen Stadt-Casinos. Wir stossen dabei bei allen Einschätzungen schlussendlich immer auf dasselbe Problem: Wir erkennen anhand einer solchen ersten Annäherung an die Argumentationslinien nichts über die Wichtigkeit in Bezug auf den Stimmentscheid. Die Tatsache, dass ein Argument mehrheitlich geteilt wird, bedeutet nämlich nicht zwingend, dass es in der Entscheidungsfindung dann auch einen Einfluss hat. Das Problem lässt sich am besten anhand eines Beispiels verdeutlichen: Mehrheiten in der Bevölkerung würden auf die Frage, ob Autofahren mit zur Umweltverschmutzung beiträgt, bejahen. Nichts desto trotz fahren grosse Mehrheiten in der Bevölkerung täglich Auto. Die Einschätzung der Umweltverschmutzung führt also offensichtlich nicht dazu, dass man auf das Auto verzichtet. Gleiches lässt sich nun auch in Bezug auf die Wirkung einzelner Argumente auf den Stimmentscheid zum neuen Stadt-Casino Basel beobachten. Aufgrund der hohen Zustimmung – sowohl zu den befürwortenden wie auch den ablehnenden Argumentationslinien – zeichnet sich nämlich ab, dass wirksamere und unwirksamere Zusammenhänge rund um das hier ausgetestete Argumentarium zu finden sein werden:

Grafik 29:



Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt die Grösse des Einflusses von unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable. In unserem Beispiel beschreiben wir die Grösse des Einflusses der Argumente auf die abgegebene Stimme. In der Grafik erscheinen die Argumente dabei in verschiedenen Grössen: Je grösser ein Argument dargestellt ist, desto wichtiger ist sein Einfluss auf die Stimmabgabe. Die Farbe beschreibt die Stossrichtung der Wirkung. Blau eingefärbte Argumente wirken auf die Zustimmung, während rote auf die Ablehnung wirken.

Am wirkungsvollsten auf den Stimmentscheid erweist sich die Ansicht, dass das neue Stadt-Casino zu gross sei für den Barfüsserplatz. Wer diesem Element zustimmte, legte überdurchschnittlich oft ein Nein in die Urne. Zudem schwingt in der Nein-Stimme an zweiter Stelle die Ansicht mit, dass der historische Stadtkern nicht verändert werden solle. Erst an dritter Stelle und klar weniger wirkungsvoll ist schliesslich das Kostenargument, wenn dieses im gegnerischen Lager auch sehr breite Unterstützung findet. Explizit keinen Einfluss auf den Stimmentscheid haben die Ansichten, dass das Projekt mehr Kosten nach sich ziehe als behauptet oder dass der vorgesehene Kantonsbeitrag zu hoch sei. Das wirksamste Pro-Argument finden wir rund um die Hoffnung einer gesteigerten Bekanntheit, gefolgt von den Ansichten, dass damit ein zukunftsgerichtetes Projekt entsteht, welches das ungenügende alte Stadtcasino ersetzt. Alle anderen getesteten Pro-Argumente haben keine beobachtbare Wirkung auf den Stimmentscheid.

3.4.3. Zwischenbilanz

Eingangs haben wir als Arbeitshypothese festgehalten, dass Entscheidungen über Behördenvorlagen um so eher geteilt werden, als die Behörden vorlagenspezifische Botschaften entwickeln resp. sich auf Selbstverständnisse und Interessen stützen können, die mehrheitlich geteilt und entscheidungsrelevant in die Meinungsbildung eingebracht werden können. In der Überprüfung einer solchen Annahme finden wir einen weiteren Grund dafür, dass die Vorlage vom 17. Juni 2007 an der Urne gescheitert ist.

Das neu geplante Stadt-Casino ist nach Ansicht der AbstimmungsteilnehmerInnen zu gross für den vorgesehenen Standort und passt zweitens nicht zum historischen Stadtkern. Die Dimension des neuen Stadt-Casinos ist in hochkonzentrierter Form das Element, welches primär zur Ablehnung der Vorlage geführt hat. Dieses Argument entfaltete seine grosse Wirkung nicht zuletzt deshalb, weil es weit über die genuine Gegnerschaft der Vorlage hinweg geteilt wurde. Auch im Lager der BefürworterInnen wird das Argument von einer gewichtigen, wenn auch minderheitlichen Gruppe unterstützt. Offensichtlich ist es der Befürworterschaft nicht einmal unter ihren Sympathisanten abschliessend gelungen, diesen Punkt zu entkräften.

Die drei meistgeteilten Argumente der BefürworterInnenseite dagegen, der Wunsch

- nach einem modernen, zukunftsgerichteten Stadt-Casino,
- welches das alte, ungenügende Casino ersetzt und
- neuen Wind in die Basler Kulturszene bringt,

erscheinen bei näherer Betrachtung zwar als Argumentationslinien mit hoher Zustimmung, verfügen aber über eine beschränkte bzw. keine Wirkung auf den Stimmentscheid: Auch GegnerInnen gaben sich teilweise damit einverstanden, ohne deshalb ihre Stimme geändert zu haben. Mit einer gewichtigen Wirkung erkennen wir nur gerade den damit erhöhten Bekanntheitsgrad, welcher argumentativ gegen die äusserst breit geteilten und höchst wirksamen Bedenken gegenüber einem neuen Stadt-Casino antreten musste.

Oder in anderen Worten: Die Behördenvorlage scheiterte inhaltlich daran, dass die Befürworterschaft zu wenig gewichtige Argumente für das Stadt-Casino ins Feld führen konnte, während dies der Gegnerschaft überzeugender gelang. Nichts desto trotz war aber auch der Wunsch nach einem modernen, zukunftsgerichteten Stadt-Casino, welches zu einer Bekanntheitssteigerung für Basel beiträgt, präsent und vermochte schliesslich eine doch eine relativ grosse Minderheit (37.4%) zu einer Annahme zu bewegen.

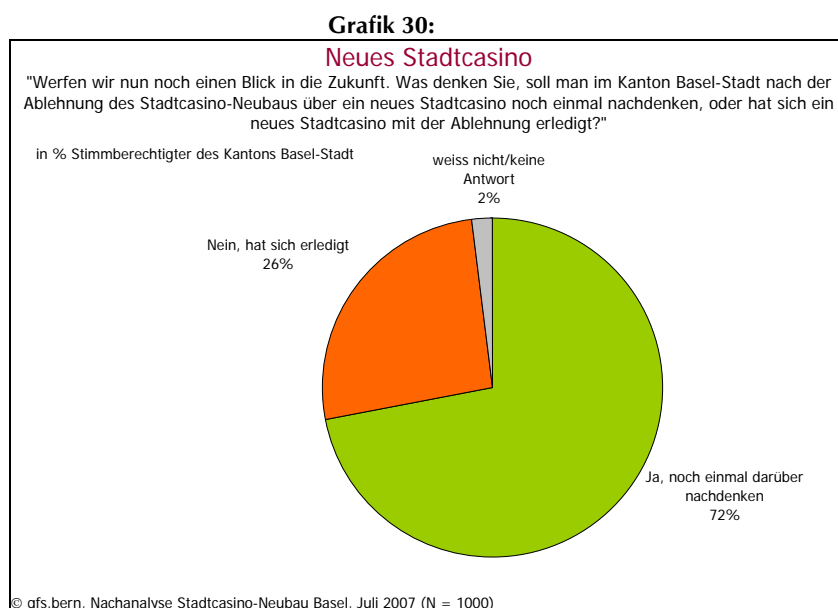
3.5. Der Blick in die Zukunft

4. Arbeitshypothese

Ablehnungen von Behördenvorlagen sind meist nicht als Festhalten am Status quo zu verstehen, sondern als Wunsch nach einer anderen Lösung. Hinterfragt wird in solchen Fällen meist nicht die Existenz des Problems, sondern die angebotene Lösung.

3.5.1. Die grundsätzliche Stossrichtung in die Zukunft

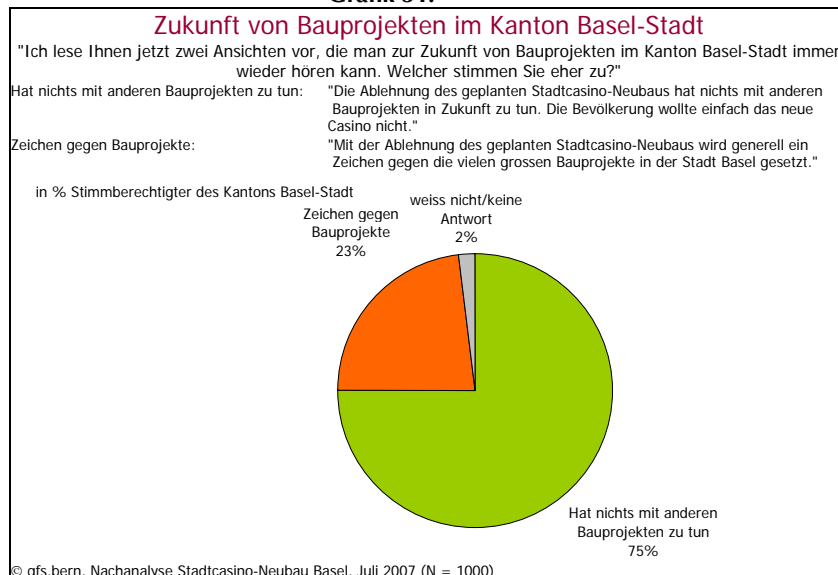
Grundsätzlich können wir festhalten, dass eine grosse Zweidrittels-Mehrheit das heutige Stadt-Casino als ungenügend erachtet. Die Ablehnung der Vorlage kann demnach nicht mit einer breiten Zufriedenheit mit dem Status quo erklärt werden. Unter einer solchen Prämisse vermag es auch nicht zu erstaunen, dass sich unter den Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt ein breites Einverständnis dafür zeigt, über eine Neuauflage des Stadt-Casino-Neubaus zumindest nachzudenken:



72% geben einer solchen Idee grundsätzlich ihr Einverständnis, während 26% die Ablehnung der Vorlage auf Stadt-Casinos generell beziehen. Der Wunsch, über eine Neuauflage zu einem späteren Zeitpunkt erneut nachzudenken, ist in allen untersuchten Untergruppen mehrheitlich vorhanden. Auch unter der Gegnerschaft des Stadt-Casinos vertreten nur klar minderheitliche 27% die Haltung, dass sich ein neues Stadt-Casino mit der Ablehnung erledigt habe. Aus Sicht der Stimmberechtigten aus dem Kanton Basel-Stadt steht einer zumindest gedanklichen Prüfung also nichts im Wege.

Des weiteren darf das Abstimmungsergebnis nicht als grundsätzliche Absage an zukünftige Bauprojekte im Kanton Basel-Stadt verstanden werden:

Grafik 31:



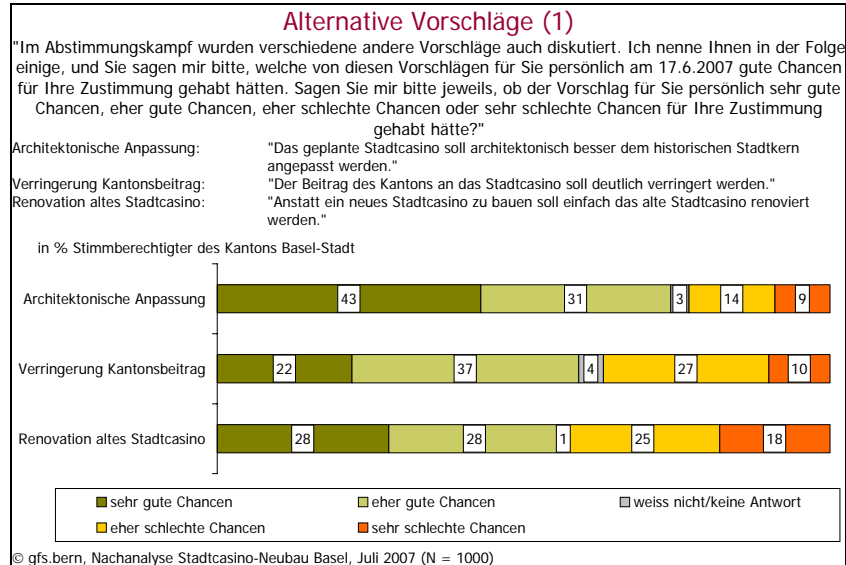
Klarmehrheitliche 75% aller Stimmberechtigten wollen die Ablehnung des geplanten Stadt-Casino-Neubaus nicht mit anderen zukünftigen Bauprojekten in Verbindung sehen. Vielmehr gehen sie davon aus, dass die Stimmbewölkerung mit ihrem Stimmentscheid lediglich ihre Ablehnung des neuen Stadt-Casinos in der geplanten Form zum Ausdruck brachte. Eine solche Einschätzung finden wir im Übrigen mehrheitlich in allen untersuchten Merkmalsgruppen, also auch unter der Gegnerschaft des neuen Stadt-Casinos generell. Dies ist schliesslich ein dritter Hinweis darauf, dass das Misstrauen gegenüber den Vorhaben der Politik im Kanton Basel-Stadt nicht grundsätzlicher Natur ist, sondern spezifisch die Vorlage "Neues Stadt-Casino Basel" betrifft.

Damit lässt sich auch ein erster Teil unserer vierten Arbeitshypothese schon überprüfen. Behördenvorlagen greifen in der Regel eine politische Problemstellung auf, welche im Gegensatz zur durchschnittlichen Initiative in der Bevölkerung zumindest als Problem schon breit wahrgenommen wird. Wird eine Vorlage als Lösung dieser Problemstellung abgelehnt, bezieht sich die Ablehnung meist nicht auf das Problem an sich, sondern auf die offerierte Lösung. Dies schien offensichtlich auch am 17. Juni 2007 der Fall gewesen zu sein. Die Lösung, der Stadt-Casino-Neubau wurde in der geplanten Form abgelehnt, das Problem, das veraltete und den heutigen Ansprüchen an einen modernen Kulturplatz nicht mehr genügende Stadt-Casino, existiert aber nach wie vor, was auch kaum bestritten wird. Entsprechend wünschen sich die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt, dass man sich mit dem Problem noch einmal konzeptionell auseinandersetzt und eine neue Lösung präsentiert.

3.5.2. Alternativen zum abgelehnten Stadt-Casino

Auch wenn aus Sicht der Stadt-Basler Stimmberechtigten die gedankliche Konzeptionierung einer Neuauflage klarmehrheitlich erwünscht ist, gilt dies keineswegs für alle gedanklichen Stossrichtungen gleichermassen:

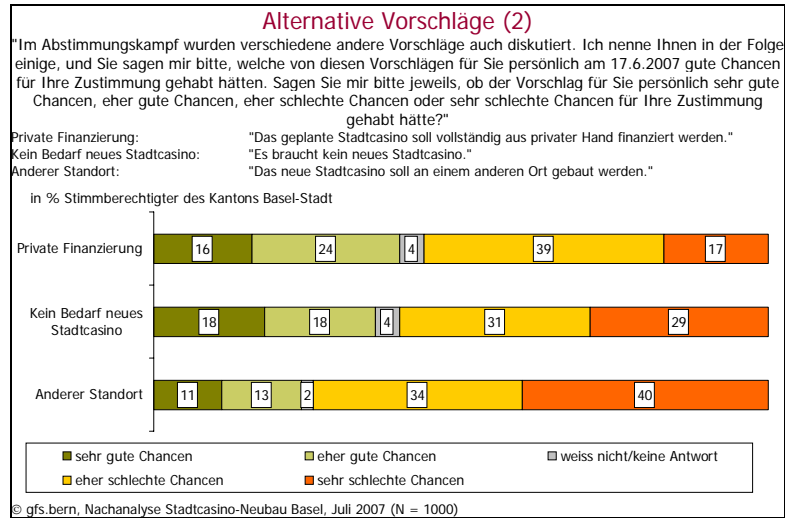
Grafik 32:



- In Anbetracht der Kritik an der aktuellen Vorlage wenig erstaunlich ist der klar-mehrheitliche Wunsch von 74% der befragten Stimmberechtigten nach einer architektonischen Anpassung des Stadt-Casino-Neubaus an den historischen Stadtkern. Nur gerade 23% sprechen sich hier dagegen aus. Diese Vorstellung ist dabei nicht nur unter den GegnerInnen des neuen Stadt-Casinos mit 89% Zustimmung die meistgeteilte, sondern ebenso unter den BefürworterInnen (53% Zustimmung) und vermag wie keine andere Mehrheiten hinter sich zu binden. Oder in anderen Worten: Aus Sicht der Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt ist die architektonisch angepasste Neuauflage mit Abstand attraktivste.
- Mehrheitliche 59% wünschen sich eine deutliche Verringerung des Kantonsbeitrags an das Stadt-Casino. 37% stehen diesem Vorschlag ablehnend gegenüber. Mehrheitlich verworfen wird die Reduktion des Kantonsbeitrags nur von den BefürworterInnen. Sie erachten dessen Höhe in der aktuellen Vorlage als richtig bemessen. Wenn dieser Vorschlag auch mehrheitlich geteilt wird und er bei den GegnerInnen sogar 67% Zustimmung erhält, gilt es doch zu beachten, dass die Höhe der Kosten als Argument grundsätzlich nur beschränkt zur Ablehnung der Vorlage "neues Stadt-Casino Basel" geführt hat, zeigt dieses Argument doch in der Regressionsanalyse keine Wirkung.
- Ebenfalls mehrheitliche 56% der befragten Basler Stimmberechtigten würden die Renovation des alten Stadt-Casinos einem Neubau vorziehen. Gewichtige 43% ziehen dagegen einen Neubau vor. Mehrheitlich ist die Präferenz eines Neubaus unter den hohen Einkommens- und Bildungsschichten, bei den FDP-SympathisantInnen, den Stimmberechtigten, welche der Politik Vertrauen entgegenbringen sowie den BefürworterInnen der aktuellen Vorlage. Dagegen unterstützen zwei von drei GegnerInnen die Renovation des alten Casinos.

Alle anderen getesteten Alternativen zum abgelehnten Stadt-Casino vermögen hingegen nur Minderheiten hinter sich scharen.

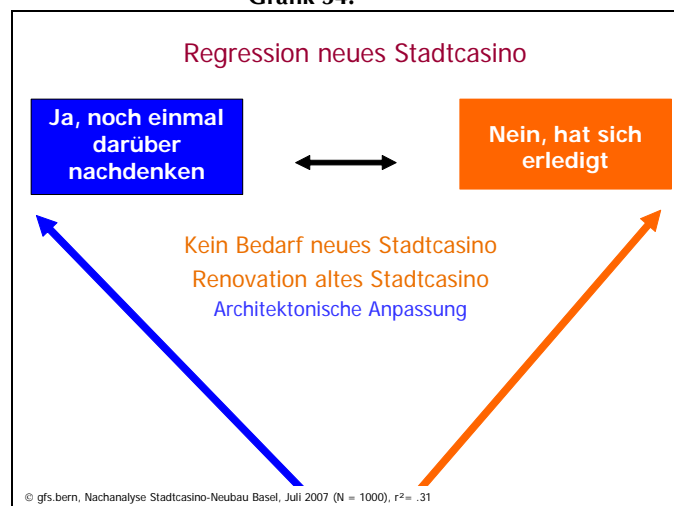
Grafik 33:



- Zumindest eine gewichtige Minderheit von 40% vertritt die Meinung, das geplante Stadt-Casino soll vollständig aus privater Hand finanziert werden. Mehrheitliche 56% lehnen eine rein private Finanzierung dagegen ab. Mit diesem Vorschlag erweist sich keine der untersuchten soziodemographischen Gruppen mehrheitlich als einverstanden. Nur wer die Meinung vertritt, das "Neue Stadt-Casino Basel" habe sich mit der Ablehnung durch den Souverän ein für allemal erledigt, sieht in einer rein privaten Finanzierung eine akzeptable Alternative.
- Von allen untersuchten Subgruppen mehrheitlich abgelehnt wird auch die Ansicht, dass es kein neues Stadt-Casino braucht. Nur rund jeder dritte (36%) Stimmberechtigte sieht überhaupt keinen Bedarf für ein neues Casino.
- Einen anderen Standort für das geplante Stadt-Casino wünschen sich klar minderheitliche 24% der befragten Stimmberechtigten, während 74% darin keine passende Alternative sehen. Auch eine andere Standortwahl als Kernelement einer neuen Lösung vermag die GegnerInnen nicht zu überzeugen.

Auch hier muss aber die Zustimmung zu einer Alternative nicht zwingend mit der Entscheidungsfindung übereinstimmen. Wir überprüfen deshalb an dieser Stelle erneut die Wirkungszusammenhänge mit Hilfe einer Regressionsanalyse:

Grafik 34:



Dabei stehen zwei Elemente mit einer hohen Wirkung im Zentrum. Auf der einen Seite ist dies der fehlende Bedarf für ein neues Stadt-Casino, auf der anderen Seite ist es die Wunschvorstellung der Sanierung. Beide sind höchstwirksam auf die Ansicht, dass nach der Ablehnung des neuen Stadt-Casinos nicht mehr über einen weiteren Vorstoss nachgedacht werden soll. Wenn wir vorgängig auch festgehalten haben, dass eine solche Ansicht unter den Stimmberechtigten nur 26% ausmacht, erscheinen diese 26% ausschliesslich von der Idee beeinflusst, dass neue Stadt-Casino brauche es nicht bzw. dass höchstens das alte Casino saniert werden solle. Befragte, welche sich dafür aussprechen, über die Casino-Situation in Basel zumindest noch einmal nachzudenken (72%!), lassen sich dagegen von einer architektonisch angepassten Neukonzeptionierung leiten. Alle anderen getesteten Alternativen mögen keine Wirkung entfalten und erscheinen entsprechend deutlich weniger wichtig.

3.5.3. Zwischenbilanz

Mit der Ablehnung der Vorlage vom 17. Juni 2007 lehnten die Stimmberechtigten aus dem Kanton Basel-Stadt die Lösung und nicht das Problem ab. Die weitere Existenz des Problems, das nicht mehr den Anforderungen an einen modernen Kulturplatz entsprechende Stadt-Casino wird nur klar minderheitlich in Zweifel gestellt, und ein Überdenken neuer Lösungen ebenso breit geteilt. Das Nein zum neuen Stadt-Casino bedeutet deshalb alles andere als ein generelles Nein zu einem Casino.

Die Stimmberechtigten haben dabei klare Vorstellungen, in welche Richtungen eine solche Neukonzeptionierung gerichtet sein muss. In dominanter Weise im Zentrum stehen dabei entweder die Sanierung des alten Stadt-Casinos oder aber die bessere architektonische Anpassung des Neubaus an den historischen Stadtkern. Alle anderen ausgetesteten Alternativen haben hingegen schon zum jetzigen Zeitpunkt keine Unterstützung oder Wirkung. Die Senkung des Kantonsbeitrags findet zwar mehrheitliche Unterstützung entfaltet aber keine Wirkung auf den Entscheid für oder gegen eine Neuauflage. Die finanzielle Beteiligung des Kantons an den Bau- bzw. Renovationskosten wird dagegen kaum in Frage gestellt, wird doch eine rein privatwirtschaftliche Finanzierung verworfen. Eine klare Vorstellung haben die Befragten schlussendlich auch gegenüber dem idealen Standort. Der Barfüsserplatz gilt nach wie vor als ideal, was belegt, dass die Ablehnung des Stadt-Casinos nicht aufgrund einer Standortdiskussion zustande kam.

Der Entscheid des Souveräns gegen das "Neue Stadt-Casino Basel" ist nicht als grundsätzliches Veto gegen Bauvorhaben im Kanton zu verstehen. Es handelt sich dabei um eine Ablehnung des neuen Stadt-Casinos in der vorgeschlagenen Form. Nicht mehr und nicht weniger.

4. Schlussbilanz

Erfahrungsgemäss helfen uns bei der Erklärung von abgelehnten Behördenvorlagen vier begleitende Arbeitshypothesen. Diese vier Wegleitungen umfassen die erfahrungsgemäss zentralen Begründungen für eine solche Ablehnung. Wir haben im vorliegenden Schlussbericht aufgezeigt, welche Erklärungsmuster zutreffen und welche nicht. In einem letzten Kapitel sollen die im Bericht dargelegten Erkenntnisse hierzu gesammelt und in einem letzten Unterkapitel mit einem interpretativen Gewicht unsererseits versetzt werden.

4.1. Der Rückblick

1. Arbeitshypothese

Entscheidungen zu Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als eine Vertrautheit der BürgerInnen mit den Forderungen der Behörden besteht, sei dies selbstredend oder aufgrund der Kampagnenkommunikation. Zustimmung ist insbesondere bei Personen zu erwarten, die sich informiert resp. nicht überfordert fühlen.

Wir haben für die Abstimmung über das "Neue Stadt-Casino Basel" eine ausserordentlich hohe Informiertheit festgestellt. Das Thema ist offensichtlich einfach zu beurteilen, die Vorlage fand entsprechend schnell und breit Zugang zu den Stimmberechtigten. Die Vertrautheit der Stimmberechtigten aus Basel-Stadt mit der Vorlage war also gegeben, eine Überforderung mit dem Thema kann ausgeschlossen werden. Allerdings wurde die Vorlage trotz der hohen Vertrautheit mit der Forderung der Basler Behörden abgelehnt. Die Ursache lässt sich hier in der Einfachheit der Beurteilung finden: Die Befragten trauen sich ein Urteil über den geplanten Neubau des Stadt-Casinos abschliessend selber zu. Dies bedeutet in diesem Zusammenhang aber auch, dass sie weniger auf eine beratende Interpretation seitens einzelner Kampagnenführer (und damit auch der Behörden) angewiesen sind, und entsprechend ein Urteil auch problemlos gegen die behördliche Meinung treffen konnten.

Ein weiterer Grund für das Scheitern findet sich also gerade wegen der hohen Vertrautheit mit der Vorlage. Die Stimmberechtigten wurden mit dem Entscheid an der Urne offensichtlich auf einen einfach zu beurteilenden Gegenstand angesprochen, so dass die normalerweise wichtige Beratungsfunktion der Behörden im individuellen Stimmentscheid nur schwach befruchtend mitschwang.

Daneben führte aber auch eine situative Verstimmung gegenüber der Politik im Kanton Basel-Stadt zu einem ablehnenden Stimmentscheid. Gerade die Informationstätigkeit der Behörden wurde in gewichtiger Weise als unvollständig beurteilt, was messbar zu einer erhöhten Ablehnungsbereitschaft gegenüber dem aktuellen Bauvorhaben führte.

2. Arbeitshypothese

Entscheidungen zu Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als die Regierungsparteien die Behördenposition teilen. Zustimmung ist insbesondere bei Personen zu erwarten, die sich mit Regierungsparteien identifizieren, die für eine Behördenvorlage sind.

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat an seiner Sitzung vom 10. Januar 2007 mit 85 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen grünes Licht für das Projekt "Neues Stadt-Casino Basel" gegeben. Diese Zustimmung zog sich mit Ausnahme der SVP auch durch alle Parteien im Grossrat hinweg. Damit wäre gemäss der 2. Arbeitshypothese eine ideale Voraussetzung für eine Zustimmung an der Urne gegeben. Die deutliche Ablehnung (62.6%) an der Urne zeigt auf, dass dem entschieden nicht so war. Betrachten wir einzelne Parteisympathien, zeigt sich, dass sich dieser fehlende Rückhalt durch alle Parteien zog. Parolentreue ist an sich nur bei den Sympathisanten der SVP und in der Tendenz bei der CVP und LDP zu beobachten, während sich bei den anderen untersuchbaren Parteien gewichtige (SP) bis sogar mehrheitliche (FDP) Anteile finden, welche der Parteiparole nicht folgten.

Damit zeigt sich schon ein erster Grund für das Scheitern der Vorlage: Der parlamentarische Entschluss spiegelte keineswegs abschliessend die Meinungsbildung unter den AbstimmungsteilnehmerInnen des Kantons Basel-Stadt wider. Die Parteiparolen als Entscheidungshilfe spielte im vorliegenden Fall eine deutlich weniger zentrale Rolle als bei komplexen Themen. Die parteiungebundenen AbstimmungsteilnehmerInnen entschieden sich klar mehrheitlich gegen die Vorlage. Ein zweiter Grund für das Scheitern der Vorlage an der Urne lässt sich hier finden. Der hohe Konsens im Parlament bildete aufgrund der Einfachheit des Themas keine Basis für die Entscheidungsfindung der Parteungebundenen.

3. Arbeitshypothese

Entscheidungen über Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als die Behörden vorlagenspezifische Botschaften entwickeln resp. sich auf Selbstverständnisse und Interessen stützen können, die mehrheitlich geteilt und entscheidungsrelevant in die Meinungsbildung eingebracht werden können.

Es mag unter solchen Voraussetzungen auch nicht erstaunen, dass es den Behörden nur schwer gelang, mehrheitlich geteilte vorlagenspezifische Botschaften zu entwickeln und publik zu machen. Die Vorlage scheiterte argumentativ in dominanter Weise an der Dimension des Neubaus bzw. an der fehlenden architektonischen Anpassung an den historischen Stadtkern. Diese zentralen Argumente ziehen sich in der Zustimmung weit in die Befürworterschaft vom 17. Juni 2007 hinein. Eine sekundäre Rolle spielte hingegen die Finanzierung des geplanten Neubaus. Die BefürworterInnen-Argumente mit spürbarer und mehrheitlicher Zustimmung finden wir nur gerade rund um die erhoffte Steigerung des Bekanntheitsgrads von Basel und bedingt im Wunsch nach einem zukunftsgerichteten Casinos als Ersatz für das alte, welches nicht mehr zeitgemäss ist.

Den dritten Grund für die abgelehnte Vorlage finden wir entsprechend auf der Argumentenebene. Die Gegnerschaft hatte mit der Kritik an der vorgeschlagenen Form ein gewichtiges Argument, das einerseits sogar unter den BefürworterInnen auf Zustimmung traf, andererseits aber durch kein befürworterisches Argument mit gleichem Gewicht neutralisiert

werden konnte. Oder in anderen Worten: Inhaltlich scheiterte das neue Stadt-Casino in Basel in dominanter Weise an seiner Dimension bzw. Form und nicht an den Kosten oder an einer generellen Ablehnung von Bauvorhaben des Kantons.

4. Arbeitshypothese

Ablehnungen von Behördenvorlagen sind meist nicht als Festhalten am Status quo zu verstehen, sondern als Wunsch nach einer anderen Lösung. Hinterfragt wird in solchen Fällen meist nicht die Existenz des Problems, sondern die angebotene Lösung.

Die Ablehnung der Behördenvorlage ist bei der untersuchten Vorlage spürbar kein Zeichen für Status-Quo-Verhaften. Die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt wünschen sich eine Neuauflage dezidiert und mit klaren Vorstellungen im Hinterkopf. Im Vordergrund stehen dabei primär architektonische Anpassungen und sekundär eine Renovation des alten Stadtcasinos. Der Kantonsbeitrag ist dabei mehrheitlich unumstritten. Der Barfüsserplatz ist zudem der optimale Standort für das Stadt-Casino. Dies die mehrheitlich geteilten Vorstellungen.

4.2. Der Ausblick

Eine derart klar fassbare Ablehnung einer Behördenvorlage erscheint auf den ersten Blick als günstige Voraussetzung für eine Neuauflage. Die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt haben am 17. Juni 2007 die angebotene Lösung abgelehnt, akzeptieren aber nach wie vor fast flächendeckend die ungebrochene Existenz des Problems. Abgelehnt wurde dabei nicht das neue Stadt-Casino an sich, sondern seine Dimension und Form. Würde es nun nur darum gehen, eine neue, potenziell mehrheitsfähige Vorlage abstimmungsreif zu machen, könnte man sich entweder auf eine einfache Renovierung des alten Stadtcasinos beschränken oder aber neue Pläne für ein Casino vorlegen, welches sich ästhetisch besser in das Bild die Altstadt einfügt. Ein solcher Entschluss würde besagte Mehrheitsfähigkeit vermutlich deutlich erhöhen.

Es handelt sich beim Abstimmungsergebnis vom 17. Juni 2007 sicherlich nicht um einen Entscheid des Stimmvolks gegen Bautätigkeiten des Kantons generell. Vielmehr bezieht sich die Ablehnung auf den Einzelfall "Neues Stadt-Casino Basel" mit spezifischen Gründen dafür und dagegen.

Diese Wunschvorstellung widerspiegelt allerdings nur die Meinung der Basler Stimmberechtigten. Inwiefern eine solche Idee überhaupt realisierbar ist, kann mit der vorliegenden Analyse natürlich nicht geklärt werden. Es liegt uns deshalb auch fern, eine solche Neukonzeptionierung zu empfehlen. Empfehlenswert ist aus unserer Sicht aber die Vergegenwärtigung der Ablehnungsgründe auch bei einer Neukonzeptionierung. Gibt es zwischen Neukonzeptionierung und den Vorstellungen der Stimmberechtigten aus dem Kanton Basel-Stadt eine Differenz, soll an diesem Punkt frühzeitig und langfristig der öffentliche Diskurs gesucht werden.

Anhang

Das gfs.bern Team

[identität]



URS BIERI

Politikwissenschaftler, Projektleiter
Schwerpunkte: Berufsbildung,
politische Kommunikation, Abstimmungen,
Wahlen, Kampagnenvorbereitung
und -begleitung, Datenbanken,
Prospektivmethoden.

[identität]



MONIA AEBERSOLD

Sozialwissenschaftlerin, Projektleiterin.
Schwerpunkte: Kultur- und Gesellschafts-
themen, Sozialpolitik, Erforschung schwer
fassbarer Phänomene, Feldaufträge,
international vergleichende Studien,
Prospektivmethoden, Qualitativmethoden,
Text- und Inhaltsanalyse, Evaluation.

[identität]



STEPHAN TSCHÖPE

Projektassistent
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,
EDV-Programmierungen,
Hochrechnungen, Visualisierungen.

[identität]



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,
Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration.